

Geht's noch?

THEMA
Nazis

Editorial

In einer Demokratie leben nicht nur Demokraten. Der Pluralismus und die verfassungsgemäße Toleranz gerät allerdings dann in Gefahr, wenn sich Einstellungen, Werthaltungen gegen das Ganze richten und manifest werden, sich organisieren. Beim Rechtsextremismus ist das seit langem der Fall. Die aufgedeckte Mordserie der Zwickauer Terrorzelle hat das öffentliche Bewusstsein dafür erneut aufgeweckt. Das ist auch bitter nötig. Denn der erste Reflex gegen auftretenden Extremismus ist in unserer Gesellschaft oft genug Ignoranz, Wegschauen und Wegducken, bei vielen Einzelnen, aber auch in Medien und staatlichen Institutionen.

Wichtig in der Auseinandersetzung mit Extremismus ist zunächst der klare Blick auf die konkreten Wirklichkeiten. Denn Nazis sind nichts Exotisches, Außerirdisches, vieles an Ihnen ist eher menschlich, allzumenschlich. Die Einstellungsmuster, die hier geballt auftreten, finden sich verteilt auch in wesentlich breiteren Bevölkerungsgruppen. Und das nicht nur in Deutschland. Die Ränder sind das andere Gesicht der Mitte, ihre Wiedergänger. Die realistische Auseinandersetzung damit ist deshalb auch ein Programm zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Rechtsextremismus ist nicht nur eine politische Haltung, er hat auch Züge einer sozialen und kulturellen Bewegung. Er nutzt alle modernen und postmodernen Kulturtechniken, um sich zu organisieren, Menschen für sich zu gewinnen und Gegner zu bekämpfen. Deshalb ist entschiedene polizeiliche Arbeit sehr wichtig, aber allein nicht ausreichend. Gegen den politischen Extremismus hilft am besten die alltägliche Arbeit an demokratischer Kultur. Die Beispiele in Dortmund, Zossen, Anklam zeigen, wie das gehen kann, selbst wenn es schwierig ist. Auch die verschiedenen Aussteigerprogramme haben Erfolge vorzuweisen, sie geben zusätzlich konkretes Wissen um die Binnenperspektive rechtsextremer Kulturen und darüber, wie Ihnen beizukommen ist.

Demokratische Kultur ist kein Automatismus, sie muss im Alltag und in unterschiedlichsten Situationen, Institutionen immer wieder erneuert, erstritten und ausgehandelt werden können. Es geht um die alltäglichen Kämpfe der Vielen für die kulturelle Hegemonie der Demokratie – das sind die wirklichen Mühen der Ebene. Thorsten Schilling

**fluter-Abo
gratis!**

unter www.fluter.de



Paulchen Panther im Reich des Bösen: Die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bekannte sich in einem Video zu neun Morden an Menschen türkischer und griechischer Herkunft und dem Mord an einer Polizistin

Inhalt

„Fremdenfeindlichkeit ist die Einstiegsdroge“ Der Psychologe Oliver Decker über rechtsextreme Einstellungen der Normalbürger	5
Deutscher Meister Ein Besuch in Dortmund, der Hauptstadt der Neonazis	10
Keine Toleranz für die Intoleranz Wie der Staat dem Terror von rechts begegnen will	15
Du Grammatik-Hitler! Die Sprache des Nationalsozialismus macht uns heute noch das Leben schwer	16
Tanz den Mussolini In den italienischen Fußballstadien tobt der Mob	18



Was sie nicht sagen In Israel könnte es bald verboten sein, andere als Nazis zu bezeichnen	20
Ich bin dann mal weg Wie man aus der rechtsextremen Szene aussteigt	21
Fascho-Fashion Glatze und Springerstiefel waren gestern: Der Neonazi von heute gibt sich gern popkulturell	25
Ganz plötzlich Von einem, der zusammengeschlagen wurde und sich leider damit abgefunden hat	29



Traurige Geschichte Ausgerechnet in Polen, das unter den Nationalsozialisten besonders stark gelitten hat, gibt es viele Rechtsextreme	32
Achtung! Sie betreten nun das Weltnetz! Natürlich sind die Nazis auch im Internet unterwegs, um ihre Botschaften zu verbreiten. Der Widerstand aber auch	36
My big fat Edding Diese Frau sieht zu, dass die Hakenkreuze verschwinden	38
So schon mal gar nicht Wie man in Anklam und Zossen mit Menschen umgeht, die Fremde hassen und Häuser anzünden	39
Der Jäger Auf der Suche nach den Tätern der NS-Zeit	42
Schreck lass nach Die Black-Metal-Szene ist nicht so düster, wie sie aussieht	44
Eine schrecklich nette Familie Sie kümmern sich um den Umweltschutz und die Nachbarn. Kann man denn dagegen was haben? Und ob	47
Nazis, die es nicht ins Heft geschafft haben	49
Hoi Polloi, Vorschau und Impressum	50



„Fremdenfeindlichkeit ist die Einstiegsdroge“

Rechtsextreme Einstellungen gibt es nicht nur am Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft. Der Sozialpsychologe Oliver Decker über sozialdarwinistische Talentshows, chauvinistisches Wachstumsdenken und Judenhass ohne Juden

Interview: Oliver Gehrs



→ Oliver Decker, 43, lehrt Sozialpsychologie an den Universitäten in Siegen und Leipzig. Er ist Mitautor verschiedener Studien zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland. Die Ergebnisse seiner Erhebung belegen, dass zu viele Menschen in Deutschland zu rechtsextremen Ansichten neigen.

fluter: Neulich ergab eine Studie, dass jeder fünfte Deutsche latent antisemitisch ist. Ein erschreckender Befund?

Oliver Decker: Absolut. Es gibt leider seit Jahrzehnten einen manifesten Antisemitismus in der Gesellschaft. Dass Juden aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute Vorteile ziehen oder nicht dazu beitragen, die Gesellschaft zu bereichern: Bei solchen Vorurteilen gibt es relativ große Zustimmung.

Dabei haben doch die meisten Menschen gar keinen Kontakt zu Juden.

Man darf nicht denken, dass ein Antisemit Kontakt zu Juden braucht, um Antisemit zu sein. Es ist sogar günstiger, wenn er den nicht hat. Kontakt zu Menschen steht dem Vorurteil im Weg, das ist bei den Islamhassern genauso.

Es gibt in der Studie auch positive Erkenntnisse – etwa dass heute viel weniger Menschen der Auffassung sind, Juden hätten zu viel Einfluss. Warum wird das nicht herausgestellt?

Die Medien betreiben ja oft eine starke Zuspitzung von dem, was

die Wissenschaft sagt. Allerdings existieren gute Gründe, das nicht zu bagatellisieren, sondern den Finger in die Wunde zu legen. In unseren Untersuchungen gibt es die Aussage: Die Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht zu uns. Da sagen ganz viele: Das stimmt doch, die Juden haben etwas Eigentümliches, aber das ist ja wunderbar. Das ist Antisemitismus im Gewand des Philosemitismus. Der antisemitische Reflex, das Anderssein der Juden herauszustellen, ist weit verbreitet.

Wird aber nicht oft die berechtigte Kritik an Israels Politik gegenüber den Palästinensern mit Antisemitismus verwechselt?

Ich sehe nicht, dass Kritik an Israel nicht geäußert werden darf. Sie werden in der gesamten Presse von links nach rechts jede Menge Kritik an Israel finden bis hin zu antisemitischen Stereotypen. Adorno hat das in den 50er-Jahren „Krypto-Antisemitismus“ genannt – dass also der Antisemit in der Rolle des Verfechters demokratischer Werte auftritt, um sein Ressentiment zu verbreiten, das er dann mit den Worten „Das wird man ja wohl noch mal sagen dürfen!“ anmoderiert.

Wie die Fans von Thilo Sarrazins Thesen über die bildungsunwilligen Migranten ...

Sarrazin ist der Lautsprecher einer Mehrheit, die angeblich nichts sagen darf. Der Erfolg seines Buchs zeigt, dass es ein ungeheures Reservoir für einen ressentimentgeladenen Politiker gibt. Momentan haben wir bei den rechtspopulistischen Parteien niemanden, der das Potenzial nutzt.

Antisemitismus ist ja nur eine Dimension von Rechtsextremismus. Welche sind denn die anderen?

Fremdenfeindlichkeit ist natürlich das zentrale Element, sozusagen die Einstiegsdroge. Dann gibt es die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, den Wunsch nach einem Führer. Weitere Merkmale sind der Chauvinismus – also ein ausgeprägter Nationalismus, dem das Schicksal anderer Länder egal ist –, der Sozialdarwinismus – die Idee, dass es wertvolles und unwertes Leben gibt –, und schließlich die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Jemanden, der auf allen Dimensionen zustimmt, bezeichnen wir als einen manifesten Rechtsextremen mit geschlossenem Weltbild.



Im Berliner Tiergarten treffen sich türkische und deutsche Familien
zum Grillen, Spielen und Reden. Für manchen Zeichen eines multikulturellen
Deutschlands - für andere ein Signal der Überfremdung



Und wie viele gibt es davon?

Wir müssen von Wellen bei einem hohen Niveau sprechen, das bei acht bis zehn Prozent liegt – und das sind nicht die Schläger. Jeder dritte Deutsche ist zudem ausländerfeindlich, und immerhin fünf Prozent befürworten eine Diktatur. Das sind recht klare Befunde.

Welche Rolle spielen denn die Eltern?

Eine große. Jemand, der in seiner Kindheit Gewalt und geringe emotionale Wärme vermittelt bekommt, neigt eher zu solchen Weltbildern. Das demokratische Klima im Elternhaus entscheidet. Da geht es nicht nur um Schläge, sondern auch darum, dass der kindliche Fantasieraum und die kindlichen Bedürfnisse als gleichberechtigt anerkannt werden. Nicht, dass Erwachsene keinen relevanten Wissensvorsprung hätten, aber die Frage ist: Wie viel Akzeptanz und Wärme gibt es und welches Gespür für kindliche Bedürfnisse? Da müssen wir feststellen, dass es bei Kindern, die autoritär erzogen werden, eine Identifikation mit Macht und Stärke gibt. Irgendwann muss sich das Kind eben unterwerfen, und dann bejaht es diese Unterwerfung, neigt dadurch auch als Erwachsener einem Macht- und Führertum zu und lehnt demokratische Aushandelsprozesse ab.

Als Laie denkt man, dass vor allem Arbeitslose einen Hass auf alles Fremde haben. Stimmt das?

Es ist tatsächlich so, dass man bei Menschen mit Arbeitslosigkeitserfahrung eher auf rechtsextreme Einstellungen trifft. Zudem gibt es ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. In Städten herrscht eher ein liberaleres Klima, es gibt weniger Akzeptanz für rechtsextreme Ideologien.

Gibt es Unterschiede beim Alter?

Mit dem Alter nehmen die rechtsextremen Einstellungen zu. Da greift die sogenannte Kontakthypothese, die besagt: Je weniger Kontakt jemand mit Fremden hat, desto fremdenfeindlicher wird er. Und Kontakt heißt nicht, dass man mal gemeinsam mit der Straßenbahn fährt, sondern zusammenarbeitet und auch ins Gespräch kommt. In solchen Fällen nimmt die Akzeptanz von Ausländern deutlich zu.

Der Kontakt mit Fremden wird oft schon in der Schule vermieden. Auf den Gymnasien gibt es ja signifikant weniger Schüler mit Migrationshintergrund.

Es ist tatsächlich ein Riesenproblem, wie stark soziale Konflikte ethnisiert werden. Heute sind die Bildungsverlierer junge Männer mit Migrationshintergrund in Städten. Da wird so getan, als wäre das ein Problem der Migration oder der Kultur, aus der die Leute kommen. Es ist aber ein soziales Problem, bei dem der Staat gefordert ist, mit Programmen zu intervenieren, um allen die gleichen Chancen zu geben und die Heterogenität an den Schulen zu befördern. Stattdessen wird akzeptiert, dass Eltern in Berlin oder Hamburg händelnd versuchen, ihre Kinder in Schulen ohne Ausländer unterzubringen, sodass es zu einer Zementierung der Exklusion kommt.

Man bleibt also lieber unter sich, um in einem homogenen Milieu den wirtschaftlichen Aufstieg nicht zu gefährden?

Absolut. Die Chancenungleichheit ist ein Demokratiedefizit. Man kann sogar auf nationaler Ebene sehen, wie der Fetisch des Wirtschaftswachstums über eine Entsolidarisierung zu weniger demokratischem Denken führt. In der Rede vom Standort schimmert kaum verdeckt eine Nationalstaatslogik durch, die alle unter ein gemeinsames Interesse sammelt, nämlich das der wirtschaftlichen Prosperität. Das ist Nationalismus und eigentlich antidemokratisch. Denn es gibt ja gar kein gemeinsames Interesse, weil vom Wohlstand längst nicht alle profitieren. Das ist ein undemokratischer Diskurs. Wir müssen uns mit Blick auf die anstehenden Probleme wie Klimaerwärmung und Wanderungsbewegungen die Frage stellen, ob unsere Demokratie stärkeren Belastungen überhaupt standhält oder ob es nur eine Schönwetterdemokratie ist. Nach dem Motto: Wenn es eng wird, lassen wir keinen mehr rein und keine anderen Meinungen zu.

Wenn es einem gut geht, kann jeder demokratisch sein. Aber was, wenn es eng wird?

Befeuert der globale Wettkampf eine Art nationalen Behauptungswillen?

Es gibt ja eine enge Verbindung zwischen dem eigenen Wohlstand und abwärtsdriftenden Regionen in der Welt. Aber die wird nicht thematisiert. Wir haben eine derartige Entpolitisierung in der Bevölkerung, dass zum Beispiel ein Zusammenhang zwischen unserem Exportüberschuss und der Krise anderer europäischer Länder gar nicht gesehen wird. Stattdessen gibt es mittlerweile sogar Stimmen, die sagen, das Beste, was Griechenland passieren kann, ist eine Diktatur. Die Frage demokratischer Verfahren hat eine geringe Akzeptanz unter der Zuspitzung von ökonomischen Problemlagen.

Es gibt ja auch das Bild vom Boot, das voll ist. Sobald es eng wird, fange ich an, andere auszuschließen.

Dieser Automatismus ist Gott sei Dank nicht ganz so zwingend, sonst gäbe es ja unter schlechten Bedingungen nur Nazis. Das ist nicht der Fall. Es gibt eine Menge Menschen, die arm, aber dennoch nicht rechtsextrem sind, sondern sich engagieren. Sogar öfter als wohlhabende Menschen. Man muss sich in solchen Fällen immer fragen: Wem nützt die Rede vom „vollen Boot“? Mit den Vorbehalten gegen Ausländer kann man wunderbar von der Frage ablenken, warum denn das Boot voll ist. Wir sind doch eine reiche Gesellschaft. Die Frage ist nur, wie der Reichtum verteilt wird.

Aber es gibt doch ein Bewusstsein dafür, dass die bloße Wachstumsideologie nicht vernünftig ist und wir mehr Verteilungsgerechtigkeit benötigen. Man muss sich nur die Occupy-Bewegung ansehen.

Das ist sehr positiv, aber wie die sich entwickelt, muss man ab-



In Talentshows macht man gern Quote damit, sich über andere lustig zu machen. Man kann das auch Sozialdarwinismus nennen: Wer nicht stark genug ist, fliegt raus...



Oder er wehrt sich:
wie dieser Teilnehmer bei „Deutschland sucht den Superstar“, der Dieter Bohlen einfach mal ein Glas Wasser ins Gesicht schüttet

warten. Es ist aber schon so, dass sich über die zivilgesellschaftlichen Initiativen wellenförmig immer wieder Menschen politisieren lassen: Das war mit Attac so, mit Stuttgart 21, mit der Occupy-Bewegung. Es gibt also den Ruf nach mehr demokratischer Partizipation, der aber leider allzu oft stigmatisiert wird, etwa als Linksextremismus. Gewalt kann nicht Mittel der Politik sein, aber es ist skandalös, dass als linksextremistische Straftaten nicht zuletzt auch zivilgesellschaftliche Aktionen gegen Rechtsextreme gelten, wie etwa Sitzblockaden. Zumal auf der anderen Seite, wie durch die Morde des NSU erkennbar wurde, die Gewaltdelikte von Rechtsextremen deutlich unterschätzt werden.

Hat das vielleicht damit zu tun, dass manche Ziele einer extremen Rechten von vielen in der Bevölkerung stillschweigend bejaht werden, etwa der Ruf nach Zucht und Ordnung?

Es gibt nicht nur die inhaltliche Nähe des Denkens von Rechtsextremen zur Mitte, sondern auch den Wunsch nach Ruhe und

Chauvinismus

Jeder fünfte Bundesbürger glaubt, dass Deutschland anderen Völkern überlegen ist. Dabei stimmen mehr Alte als Junge zu, mehr Arbeitslose als Menschen mit Studium und mehr Bürger im Westen als im Osten des Landes.

Antisemitismus

„Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.“ Dieser Aussage stimmten in einer Befragung 2010 fast 13 Prozent zu. 2002 bejahten das noch 16,6 Prozent. Fast 40 Prozent sind der Meinung, dass „viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reichs Vorteile zu ziehen.“

Sozialdarwinismus

15,2 Prozent sind ganz oder überwiegend der Auffassung, dass sich „in der Gesellschaft wie in der Natur immer der Stärkere durchsetzen sollte.“

Fremdenfeindlichkeit

„Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ 31,7 Prozent stimmen dem ganz oder überwiegend zu.

Verharmlosung der NS-Zeit

Jeder Zehnte findet, dass „der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte“.

Demokratiefeindlichkeit

„Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ Ca. 13 Prozent stimmen voll oder überwiegend zu.

Quellen: Studie „Die Mitte in der Krise – rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“, Friedrich-Ebert-Stiftung 2010; Antisemitismusbericht der Bundesregierung 2011

Warum Aktionen
von Rechtsextremen
auf dem Land eher
geduldet werden
fluter.de/nazis

Unsichtbarkeit. Nach dem Motto: Was man nicht wahrnimmt, gibt es nicht. In unseren Untersuchungen wird deutlich, dass es immer ein Verschweigen von rechtsextremer Gewalt gab, darunter fällt auch eine mangelnde Berichterstattung. Es gibt mancherorts Abmachungen zwischen Polizei und Presse, über rechtsextreme Gewalt nicht zu berichten.

Konnten deshalb auch die Terroristen des NSU so viele Jahre morden?

Die lange Zeit als sogenannte „Dönermorde“ behandelten Taten des NSU sind eben nicht nur von der Polizei, sondern auch medial als Feme- und Mafiamorde behandelt worden. Wir haben es offensichtlich mit einer rassistisch eingefärbten Beobachtung zu tun; mit einem Beobachtungsfehler, der nicht nur vonseiten der Polizei oder der Regierung, sondern von uns allen gemacht wurde. Dass man die wahre Tätergruppe nicht in Betracht zog, ist ein heftiger Befund. Es gibt einen blinden Fleck in der Gesellschaft.

Aber doch nicht nur in Deutschland. Rechtsextremismus gibt es in vielen Ländern.

Die größten Konfliktfelder gibt es in Osteuropa – etwa in Ungarn. Wir haben aber keinen Grund, auf andere zu zeigen: Der Sockel der rechtsextremen Einstellungen ist hoch und kann sogar leicht höher werden. Ich halte es da mit Karl Kraus, der gesagt hat, am Nationalismus finde er nicht die Abwertung anderer Nationen am unsympathischsten, sondern die Aufwertung der eigenen.

Schüler stöhnen oft darüber, dass sie die Geschichte des Nationalsozialismus nicht mehr hören können. Haben wir die Geschichte wirklich ausreichend aufgearbeitet?

Bei mir ging es in der Schule mehr um die Ottonen als um das Dritte Reich. Es mag ja heute in allen Lehrplänen stehen, aber mein Eindruck ist: Eine grundlegende Auseinandersetzung findet in der Schule auch heute noch nicht statt, im Rest der Gesellschaft allerdings auch nicht. Es gab irgendwann in den 70er-Jahren eine Wende dahin, dass es plötzlich thematisiert wurde. Dann hat das wieder nachgelassen. Es ist doch kein Wunder, dass jetzt erst im BKA und in manchen Ministerien die eigene Rolle im Dritten Reich aufgearbeitet wird. Da hat nicht überall schon 50, 60 Jahre lang Aufarbeitung stattgefunden. Das stimmt doch nicht, genauso wenig wie in der Schule.

Was erhoffen Sie sich für die Zukunft? Wie kann man rechtsextreme Einstellungen zurückdrängen?

Um es mit Willy Brandt zu sagen: Mehr Demokratie wagen. Ich plädiere für eine radikale Demokratisierung: die Anerkennung der Positionen des Anderen, den Anderen als Anderen wahrnehmen und gelten lassen. Wenn wir das als pädagogischen und politischen Maßstab nehmen, ließe sich rechtsextremen Einstellungen vorbeugen. Wenn das außerdem auch die Maxime der Berichterstattung wäre, wenn also die „Bild“-Zeitung auf ihren Pranger verzichtet, noch besser.

Aber den Pranger gibt es doch auch im Fernsehen, in Talentshows wie „Deutschland sucht den Superstar“.

Das ist praktizierter Sozialdarwinismus. Wenn wir etwas bewirken wollen, dann muss Demokratie erfahrbar werden – von der Krippe bis zum Altenheim. ←

Deutscher Meister

Dortmund ist nicht nur im Fußball spitze – leider ist die Stadt auch eine Hochburg der Autonomen Nationalisten, die uns das Faschesein als schick verkaufen wollen

Text: Johannes Radke, Foto: Julian Röder/Ostkreuz



→ Dutzende roter Rosen türmen sich vor dem dunkelgrauen Gedenkstein. Genau dort, wo einst nur hundert Meter entfernt eine kleine Synagoge stand, bis sie von den Nationalsozialisten niedergebrannt wurde. Viele Dortmunder sind an diesem kalten 27. Januar in den Stadtteil Dorstfeld gekommen, um an den Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zu erinnern. „Wachsam“ gegenüber der Ideologie der Nationalsozialisten müsse die Gesellschaft bleiben, mahnt Grünen-Bezirksbürgermeister Friedrich Fuß.

Auch in anderen Städten Deutschlands wird an diesem Tag der Opfer des Holocaust gedacht, und doch ist in Dorstfeld alles anders. Gleich acht Polizeiwagen stehen verteilt in den Seitenstraßen, Beamte in Uniform und Zivil haben sich im Umkreis postiert und mustern jeden Fußgänger misstrauisch. In keiner anderen Stadt muss die Feier unter derart strengen Sicherheitsvorkehrungen stattfinden. „Es ist traurig, dass die ganze Polizei nötig ist“, sagt eine Anwohnerin. „Aber wenn die nicht da wäre, würden sofort die Idioten kommen und Ärger machen.“

Besondere Merkmale der neuen Nazis: wenige. Das ist ja das Problem

ger misstrauisch. In keiner anderen Stadt muss die Feier unter derart strengen Sicherheitsvorkehrungen stattfinden. „Es ist traurig, dass die ganze Polizei nötig ist“, sagt eine Anwohnerin. „Aber wenn die nicht da wäre, würden sofort die Idioten kommen und Ärger machen.“

Ärger machen die Neonazis seit vielen Jahren, von Dorstfeld aus halten sie ganz Dortmund in Atem. In dem kleinen Bezirk mit seiner kargen Mischung aus historischen Fachwerkhäusern und grauen Plattenbauten, der von der Dortmunder Innenstadt nur wenige U-Bahn-Stationen entfernt liegt, sind die Spuren der Rechtsextremen nicht zu übersehen. Jeder Laternenpfahl ist mit Dutzenden ihrer Aufkleber übersät. Viele wurden schon abgerissen, doch jeden Tag kommen neue dazu. Nicht weit entfernt vom Holocaustmahnmal wurden die Worte „Nationaler Widerstand“ und ein verbotenes Keltenkreuz an eine Hauswand geschmiert.

Gleich mehrere Neonazi-WGs haben sich hier angesiedelt, dominiert wird die Szene von den sogenannten Autonomen Nationalisten (AN). Hinter dieser Selbstbezeichnung stecken junge, äußerst rücksichtslose Neonazis, deren besonderes Merkmal es ist, dass sie wenige besondere Merkmale haben. Wer in Dorstfeld Aus-



01 Schwarz-Weiß-Rot-Denken: Mitglieder der Autonomen Nationalisten auf einer Demo. Am Mikro der Nazi-Anführer Dennis Giemsch

02 Fahnenkampf: Zu jedem Aufmarsch der Rechtsextremen kommen Gegendemonstranten

schau nach Skinheads mit Springerstiefeln und Bomberjacken hält, wird nicht viele finden. Die Autonomen Nationalisten kleiden sich modern und sportlich. Für Außenstehende sind sie in ihren schwarzen Kapuzenjacken, Turnschuhen und mit Butons verzierten Baseballcaps kaum von anderen Jugendlichen zu unterscheiden. In ganz Deutschland gibt es solche Gruppen, doch nirgends hat sich diese Strömung so stark etabliert wie in Dortmund.

Das vergleichsweise wenig martialische Aussehen bedeutet keineswegs einen Verzicht auf Gewalt: Bei einer Dorstfelder Gedenkfeier zur Pogromnacht im November 2011 tauchten die Rechtsextremisten auf und schrien Parolen. Die jüdische Gemeinde und Vertreter der Stadt waren geschockt. Bereits ein paar Wochen zuvor

hatte die Gruppe „ihr“ Viertel mit kleinen schwarz-weiß-roten Fahnen an Laternen, Ampeln und Straßenschildern markiert. Die Feuerwehr brauchte Stunden, um die rechte Propaganda zu entfernen. Einen Tag vor Heiligabend klingelte dann ein Neonazi im Weihnachtsmannkostüm an der Tür des Privathauses von Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau (SPD) und drückte dessen überraschter Frau ein makabres Geschenk in die Hand. Eine Flasche Wein für die Eltern und eine Nazi-CD für die Kinder lagen in dem Paket. Die Botschaft hätte kaum eindeutiger sein können: Wir wissen, wo ihr wohnt.

Das sind noch die harmlosen Macht demonstrationen der Szene. Kaum jemand, der sich gegen Nazis starkmacht, scheint in der Stadt sicher zu sein. Die Liste von

Anschlägen, Drohungen und Gewalttaten der letzten Jahre füllt mehrere Seiten. Engagierte Jugendliche werden ausgespäht und zusammengeschlagen, Fensterscheiben der Büros von SPD, Grünen und der Linken eingeworfen oder mit Stahlkugeln zerschossen. Am häufigsten trifft es die alternative Kneipe „Hirsch-Q“ in der Innenstadt. Ganze 18 Mal wurde die Fensterfront zerstört oder beschmiert. Ein vier Minuten langes Video vom bislang heftigsten Angriff im Dezember 2010 kann man im Internet auf YouTube anschauen. Immer wieder zerren die Angreifer Gäste aus der Kneipe und treten auf sie ein. Vier Besucher wurden verletzt, einer davon durch Messerstiche. In diesem Fall waren die Täter nach Informationen des Dortmunder Antifa-Bündnisses Mitglieder der „Skinhead-Front Dorstfeld“, eine weitere Dortmunder Nazi-Gruppe, die sich aus klassischen Skinheads zusammensetzt, in

Ein harter Kern von 50 Neonazis hält eine ganze Großstadt in Atem

ihrer Gewaltbereitschaft den AN aber in nichts nachsteht. Alle Angreifer konnten wenige Straßen entfernt festgenommen werden, doch bis heute hat die Staatsanwaltschaft keine Anklage erhoben.

Ein gefährliches Klima der Angst haben die Neonazi-Gruppen in der 580.000-Einwohner-Stadt geschaffen. Überall finden sich ihre Aufkleber mit der Kampfansage „Dortmund ist unsere Stadt“. Sogar T-Shirts mit dem Slogan haben sie drucken lassen. Zudem verfügen die AN über ein eigenes Nazi-Zentrum in Dorstfeld, in dem sie sich wöchentlich treffen oder Schulungsveranstaltungen durchführen. Auch einen eigenen VW-Bus, der als Lautsprecherwagen dient, haben sie sich gekauft. Mit einem jährlichen Aufmarsch im September haben die AN einen festen Termin im Kalender der bundesweiten Szene etabliert. Bis zu 1.000 gewaltbereite Rechtsextremisten reisen dafür jedes Jahr an.

Aber warum ausgerechnet Dortmund? Die NPD hat hier kaum Wahlerfolge zu verzeichnen. Bei der Landtagswahl 2010 erhielt sie lediglich 1,4 Prozent der Zweitstimmen. Viele sagen, die AN seien hier so stark, weil die Stadt schon immer einen

guten Ruf in der Nazi-Szene hatte. In den 80er-Jahren machte die berüchtigte „Borussenfront“, angeführt vom späteren FAP-Landesvorsitzenden Siegfried Borchardt, Spitzname „SS-Siggi“, die Nordstadt und das Westfalenstadion unsicher. Im Jahr 2000 erschoss der Neonazi Michael Berger aus seinem Auto heraus drei Polizisten. Die „Kameradschaft Dortmund“ druckte danach zynische Aufkleber: „3:1 für Deutschland – Berger war ein Freund von uns“. Als 2003 die Wehrmachtausstellung in Dortmund gezeigt wurde, fanden mehrere Großaufmärsche statt.

2005 gab es erneut ein Todesopfer rechter Gewalt. Dieses Mal traf es den Punk Thomas Schulz. Der damals 17-jährige Neonazi Sven Kahlin tötete ihn nach einem Streit im U-Bahnhof mit einem Stich ins Herz. Seit seiner vorzeitigen Entlassung ist Kahlin wieder an der Skinhead-Front Dorstfeld aktiv und trat bereits als Redner bei Aufmärschen auf. Dann prügelte er im Winter 2011 zwei jugendliche Migranten bewusstlos. Jetzt sitzt er wieder in Haft. Auch die Zwickauer Terrorzelle mordete in Dortmund. Am 4. April 2006 wurde der Kioskbesitzer Mehmet Kubasik in seinem Geschäft erschossen. Zu dieser Zeit hatten die AN längst begonnen, ihre Strukturen aufzubauen.

Eine „Politik des Ignorierens von Polizei, Stadt und Medien“ habe es lange Zeit gegeben, sagt der Sozialwissenschaftler Jan Schedler von der Ruhr-Universität Bochum. Lokalmedien versuchten anfangs gar nicht, über die Neonazis zu berichten, rechtsextreme Gewalttaten wurden von der Polizei häufig als „Auseinandersetzung unter rivalisierenden Jugendgruppen“ verharmlost. „Man gewinnt den Eindruck, dass die Neonazis vor Ort offenbar lange das Gefühl hatten, sie könnten in Dortmund quasi alles machen, was sie wollen, ohne mit ernsthaften Konsequenzen rechnen zu müssen“, sagt Schedler. Fast so eine Art rechtsextreme Erlebniswelt mit Konzerten, Partys, Aufmärschen und Gewalt, die anziehend auf anpolitisierte Jugendliche wirke, sei so entstanden. Aufgewacht seien die Dortmunder erst, als am 1. Mai 2009 plötzlich 300 bis 400 Neonazis eine Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes überfielen. Mit Fahnenstangen, Fäusten und Böllern wurden Teilnehmer und Polizisten attackiert.

Hartmut Anders-Hoepgen, ehemaliger Superintendent der Evangelischen Kirche

in Dortmund und Lünen, hat den Kampf gegen die Rechtsextremisten aufgenommen. Schon lange vor dem Angriff auf den DGB habe man das Problem im Blick gehabt, betont er. Tatsächlich hat die Stadt schon 2007 eine Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus eingerichtet, die Anders-Hoepgen jetzt leitet. Doch da war es fast schon zu spät. Nur sehr langsam begannen die Gegenaktivitäten Wirkung zu zeigen. „Wir arbeiten seit Jahren mit allen Akteuren in der Stadt zusammen“, sagt der 67-Jährige. Aber es brauche viel Zeit, bis diese Arbeit für alle sichtbar werde. 100.000 Euro stellt die Stadt pro Jahr dafür bereit. Viel Geld in Zeiten von leeren Kassen. 2011 wurde das Budget sogar noch einmal verdoppelt.

Anders-Hoepgen wirkt nicht verbittert, wenn er von Rechtsextremen erzählt, die den Frieden in seiner Stadt bedrohen. Mit seinem grauen Bart und den Lachfalten im Gesicht strahlt er eine Freundlichkeit und Ruhe aus, die vielleicht nur ein Pfarrer haben kann. Und er weiß genau, worauf es ankommt, um den Neonazis nicht das Feld zu überlassen. Anders-Hoepgen war es beispielsweise, der dafür gesorgt hat, dass die Stadt das Gebäude kaufte, in dem die AN ihr Zentrum eingerichtet haben. „Wir haben denen das vor der Nase weggeschnappt“, sagt er. Kurz nach dem Kauf erhielten die Neonazis die Kündigung, nun soll dort ein Jugendzentrum entstehen. Es sind diese kleinen Erfolge, die dem Pfarrer Mut machen. Rund 50 Neonazis bilden in Dortmund „den harten Kern“, sagt Anders-Hoepgen. Eigentlich eine überschaubare Gruppe, entscheidend sei jedoch das enorme Mobilisierungspotenzial. „Der Giemsch schickt eine SMS, und ein paar Stunden später sind 200 Neonazis aus den umliegenden Städten da“, sagt er.

Dennis Giemsch. Egal mit wem man über die Dortmunder Szene spricht, jedes Mal fällt sein Name. Der Multifunktionär ist die unangefochtene Führungsfigur im AN-Spektrum Nordrhein-Westfalens.

03 Kampf der Symbole: Das Flaggen-Logo der Antifa wurde von den Neonazis nur leicht verfremdet (schwarze Flagge vorn)

04 Guck mal, wer da marschiert: Anwohner schauen sich an, was auf der Straße los ist





05 Wer gegen Juden ist, ist unser Freund: Ein Wagen mit dem Bild von Irans Präsidenten Ahmadinedschad

Schon als Teenager tauchte er bei NPD-Aufmärschen auf. Ab 2002 etablierte er gemeinsam mit Berliner Rechtsextremisten den neuen Stil der AN. Heute fungiert er als Anmelder zahlreicher Aufmärsche und Anführer des „Nationalen Widerstands Dortmund“.

Giensch ist nicht dumm wie manch trinkfreudiger Skinhead. Er kann planen, organisieren, reden und die Leute für sich begeistern, erzählen Aussteiger. Gerne zitiert er bei Aufmärschen Adolf Hitler. Nicht viele in der Szene trauen sich, in der Öffentlichkeit so deutlich zu werden wie er. Der Applaus der „Kameraden“ ist deshalb umso größer.

Aber Giensch ist auch Geschäftsmann und weiß, wie man mit rechtsextremer Ideologie viel Geld verdient. Sturmhauben, Stahlwillen, Pfefferspray, Rechtsrock-CDs und Propaganda – in seinem Versand bekommt die braune Kundschaft

alles, was sie begehrt. Zudem versorgt er über seinen Server diverse AN-Gruppen mit Speicherplatz für ihre Webseiten. Seinen Versandhandel hat er mit Steuergeldern aufgebaut. Erst als Antifa-Gruppen die Behörde darüber informierten, was hinter der vom Amt geförderten Ich-AG von Giensch steckt, wurde das Geld zurückgefordert.

Nicht nur beim Kampf gegen Rechtsextremismus, auch bei der Unterstützung der Betroffenen rechtsextremer Übergriffe hat sich in Dortmund etwas getan. Im November richtete die Stadt eine unabhängige Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt ein. Wer angegriffen oder bedroht wird, kann sich bei Back Up melden und erhält professionelle Hilfe. Das fünfköpfige Team kümmert sich unentgeltlich um Anwälte sowie psychologische Betreuung und begleitet die Betroffenen zu Gerichtsverhandlungen und zur Poli-

zei. „Schon nach zwei Monaten hatten wir 31 Fälle zu betreuen“, sagt Bianca Ziborius von Back Up. „Wir kommen mit der Arbeit kaum nach.“ Viele Opfer, aber auch Zeugen würden nicht zur Polizei gehen, weil sie das Vertrauen in die Beamten verloren hätten, sagt sie. Eine engagierte Schülerin, so die Verantwortlichen von Back Up, sei vor einigen Wochen von Neonazis bedroht worden. Sie habe Anzeige erstattet, aber statt die Täter zu fassen, hätten die Beamten das Mädchen im Verhör ausgefragt, ob es Mitglied einer linken Gruppe sei. So sei aus dem Opfer eine potenzielle Täterin gemacht worden, die den rechtsextremen Drohungen weiter ausgeliefert gewesen sei.

Der neue Polizeipräsident will den Nazis richtig auf den Füßen stehen

Der neu ernannte Polizeipräsident von Dortmund, Norbert Wessler, will solche Vorwürfe gegen seine Beamten nicht stehen lassen. Ihm ist es wichtig zu zeigen, dass seine Behörde das Thema ernst nimmt. Der Schock über die Aufdeckung der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ kam etwa zu der Zeit, als Wessler seine neue Stelle antrat. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Einrichtung der sogenannten Besonderen Aufbauorganisation. Szenekundige Beamte vom Landeskriminalamt und anderen Stellen sollen darin ihre Kräfte bündeln und die Neonazis stärker ins Visier nehmen. „Wir wollen denen richtig auf den Füßen stehen“, sagt Wessler. Auf Schritt und Tritt sollen die Beamten die Szene begleiten. In Dorstfeld ist zudem eine Task Force vom Ordnungsamt im Einsatz, um jedes kleinste Vergehen zu ahnden. Rechtsextreme Plakate, Aufkleber und Schmierereien sollen immer sofort entfernt werden. Die Zeiten, in denen die AN das Gefühl hatten, unbeobachtet agieren zu können, sollen nun endgültig vorbei sein. „Unattraktiv“ will Wessler seine Stadt für die Szene machen, und er hofft, den Stempel „Nazi-Hochburg“ irgendwann loszuwerden. Er weiß, dass die Stadt dafür einen langen Atem braucht. ←

In seinem Blog schreibt unser Autor über aktuelle Entwicklungen zum Thema fluter.de/nazis

Keine Toleranz für die Intoleranz

Rechtsextremen Terror gab es auch vor den Morden der Zwickauer Zelle. Nun stellt sich mehr denn je die Frage, wie der Staat den Rechtsterrorismus bekämpfen will

Text: Toralf Staud

→ Selbst erfahrene Politprofis waren von den Erkenntnissen im November 2011 tief geschockt: Die Kanzlerin sprach von einer „Schande für Deutschland“. Der Bundesinnenminister räumte ein, dass deutsche Sicherheitsbehörden „kläglich versagt“ haben. „Wir sind alle bestürzt“, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert. „Wir sind betroffen und beschämt.“

Unversehens sahen sich damals Politik und Öffentlichkeit mit schlimmster Nazi-Gewalt konfrontiert: Drei junge Rechtsextreme aus Jena waren Ende der 90er-Jahre abgetaucht und hatten eine Terrorgruppe namens „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) gegründet. Im Laufe von 13 Jahren überfielen sie reihenweise Banken, legten Bomben und ermordeten mindestens zehn Menschen. Besonders schmerzhaft für neun der Opfer und deren Angehörige: Wegen ihrer türkischen und griechischen Vorfahren war die Verbrechenserie verharmlosend „die Döner-Morde“ genannt worden, und die Polizei hatte die Taten als Racheakte unter mafiösen Migrant*innen behandelt und entsprechend ermittelt. Als der NSU eher zufällig aufflog, war das Erschrecken groß. Bundespräsident Christian Wulff versprach „Konsequenzen für die Zukunft“. Und tatsächlich begannen die staatlichen Mühlen sofort zu mahlen. Eine Vielzahl von Pannen bei der Terroristenjagd ist inzwischen bekannt geworden, eine umfassende Fehlerdiagnose wurde in Angriff genommen.

Die Sicherheitsbehörden verwiesen darauf, dass man den wahren Hintergrund der Taten nicht habe erkennen können, weil die

Terroristen keine Bekennerschreiben verschickt hatten. Dabei ist dieses Vorgehen unter Nazis nicht unüblich. „Mit uferlosen, theoretisch ausgefeilten Bekennerschreiben tat sich die Szene zu keiner Zeit hervor“, sagt der Düsseldorfer Rechtsextremismusforscher Fabian Virchow. Tatsächlich rät die britische Nazi-Terrorgruppe „Combat 18“ in einem Handbuch, das im Internet zum Download bereitsteht, über eigene Aktionen strikt zu schweigen. Und explizit wird dazu aufgerufen, keine Bekennerschreiben zu hinterlassen, um durch die Ungewissheit gesellschaftliche Spannungen zu verstärken.

Offenbar haben Staat und Öffentlichkeit den braunen Terrorismus unterschätzt. Dabei habe das Phänomen, so Fabian Virchow, „die Bundesrepublik seit den 50er-Jahren begleitet“. So gab es in den 70ern die Wehrsportgruppe Hoffmann, aus deren Reihen ein Attentat auf das Münchner Oktoberfest mit 13 Toten und über 200 Verletzten verübt wurde – bis heute der schwerste Terroranschlag in Deutschland. 1980 verübten die „Deutschen Aktionsgruppen“ von Manfred Roeder Bomben- und Brandanschläge auf Behörden, Flüchtlingsheime und eine jüdische Schule. In den 90er-Jahren schoss der rechtsextreme Kay Diesner in Berlin einen linken Buchhändler nieder und tötete auf der Flucht einen Polizisten. Auch in der jüngsten Vergangenheit waren bei Hausdurchsuchungen in der Nazi-Szene immer wieder Sprengstoff und Waffenarsenale gefunden worden – doch wenn Journalisten oder Antifa-Aktivist*innen vor rechten Terroristen warnten, wurden sie schon mal der Panikmache bezichtigt.

Seit November 2011 versuchen nun mehrere Hundert Polizisten und Verfassungsschützer mit Hochdruck, sowohl die Taten des NSU aufzuklären als auch die Versäumnisse aus den Vorjahren. Die Terroristen waren ja schon Ende der 90er-Jahre als Bombenbastler polizeibekannt gewesen – aber die Thü-

ringer Behörden versäumten damals ihre Festnahme. Danach befassten sich im Laufe der Jahre rund 30 verschiedene Behörden mit dem Fall: Mehrfach wurden in verschiedenen Bundesländern Überwachungsmaßnahmen abgebrochen oder Ergebnisse nicht oder nur langsam an Kollegen anderswo weitergeleitet. V-Leute – also bezahlte Informanten aus der Nazi-Szene – tricksten den Verfassungsschutz aus, ohne dass der das merkte. Im Jahr 2003 wurde die Suche nach den Terroristen ganz eingestellt. Drei Jahre später wurde beim Bundesamt für Verfassungsschutz die eigenständige Fachabteilung für Rechtsextremismus aufgelöst.

Mittlerweile gibt es diese Abteilung wieder. Nach dem Schock vom November trafen sich die Justizministerin und der Innenminister in Berlin zu einer Sonderkonferenz. Die Thüringer Landesregierung, in deren Bundesland die

Eine zentrale Computerdatei für Nazi-Gewalt

Nazi-Gefahr besonders unterschätzt worden war, veranstaltete ein großes Konzert gegen Rechts. Die Sicherheitsbehörden gründeten ein „Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechts“ und eine zentrale Computerdatei für Nazi-Gewalttäter. Im Januar sprachen die Familienministerin und der Innenminister mit Bürgerinitiativen, die seit Jahren gegen Rechtsextremismus aktiv sind – aber die zwei Millionen Euro, die der Bundestag im November zusätzlich bewilligt hatte, gehen nicht an diese Gruppen, sondern in den Aufbau eines staatlichen Info-Zentrums. Zudem wurden einige Kommissionen eingerichtet. Zum Thema Rechtsterrorismus gibt es inzwischen fünf verschiedene. Die erste stellte der Bundesinnenminister gleich Ende November vor – aber bis Februar hatte sie sich noch nicht getroffen. Daneben berief der Innenminister in Thüringen eine Kommission, der dortige Landtag bildete einen Untersuchungsausschuss, ebenso der Bundestag. Als Letztes startete im Februar eine „Bund-Länder-Kommission“. Schon hat ein Tauziehen darum begonnen, wer wann welche Akten einsehen und welche Sicherheitsbeamte als Zeugen vernehmen darf.

Im Februar schließlich sprach Bundeskanzlerin Merkel auf einer Gedenkfeier für die Opfer des NSU, an der auch Angehörige der Ermordeten teilnahmen, und bat sie um Verzeihung, dass sie zu ihrem Leid auch noch falschen Anschuldigungen ausgesetzt waren. Man kann das als klaren Auftrag an die Behörden sehen, aus der Vergangenheit zu lernen. ←



Du Grammatik-Hitler!

Nicht alle Minenfelder aus der Nazizeit sind geräumt: Auf sprachlichem Gebiet kann es bei einem Fehltritt noch gefährlich werden – von den vielen Nazi-Vergleichen gar nicht zu reden. Ein kleiner Sprach-Führer, äh, Ratgeber natürlich

Text: Oliver Geyer

→ Ein „innerer Reichsparteitag“ dürfte für Miroslav Klose sein entscheidender Treffer gewesen sein, mutmaßte die ZDF-Fernsehmoderatorin Katrin Müller-Hohenstein nach einem Spiel der deutschen Fußballnationalmannschaft während der WM vor zwei Jahren – und löste so einen Sturm der Entrüstung aus. Was sei bloß in sie gefahren, dass sie die Zuschauer mit diesem Begriff aus der Nazizeit erschrecke, lautete der Tenor der Kritik – nur vereinzelt wurde darauf hingewiesen, dass die Menschen im Nationalsozialismus mit dem Spruch „Das ist mir ein innerer Reichsparteitag“ den Bombast der NSDAP-Parteitage nicht etwa bewundert, sondern ihn im Gegenteil persifliert haben.

Auch über 60 Jahre nach Ende des Hitler-Regimes trifft die Frage, ob ein bestimmtes Wort Nazi-Sprache ist, ob es aufgrund der propagandistischen Verwendung durch die Nationalsozialisten sozusagen unaussprechlich geworden ist, einen empfindlichen Nerv der Gesellschaft. Man meint, eine harmlose Redewendung zu benutzen, da holt einen Deutschlands braune Vergangenheit ein. Von „Lebensraum“ über „Sonderbehandlung“ bis hin zu „ausmerzen“ können einem so einige Worte, die man nichts ahnend in den Mund nimmt, um die Ohren fliegen: Mit dem Schlagwort „Lebensraum“ begründete Hitler in seiner Hetzschrift „Mein Kampf“ die Notwendigkeit des Krieges. „Sonderbehandlung“ nutzte die SS als Tarnbezeichnung für die Ermordung von Menschen. Und der Ausdruck „Ausmerze“ war ein zentrales Konzeptwort der NS-Ideologie und des damit verbundenen Programms der „Ausrottung lebensunwerten Lebens“.

Dass Sprache schnell politisch und vor allem politisch unkorrekt sein kann, mussten auch schon einige Unternehmen schmerzlich erfahren. Mit den Worten „Jedem das Seine“ bewarb Nokia seine neuen Handys mit auswechselbaren Displays. Derselbe Claim wurde von Microsoft für die Werbung verwendet, von Tchibo, der Supermarktkette Rewe, Burger King und Ikea, wo man damit neue Vorhänge anpries. Anscheinend war sich in den Werbeabteilungen niemand darüber bewusst, dass die Redewendung „Jedem das Seine“ im Jahre 1937 ihre Unschuld verloren hatte. Die Worte standen am Tor zum Konzentrationslager Buchenwald. Die Lernkurve der Werbebranche in diesem Punkt verlief bemerkenswert flach.

Auch in der politischen Debatte finden sich immer wieder Vokabeln aus der NS-Zeit, wobei die Empörung der politischen Gegenseite entsprechend laut ist: Eine unerträgliche Relativierung und Verharmlosung der NS-Verbrechen finde statt, eine Verhöhnung der Opfer.

Als „Auschwitz-Keule“ bezeichnet man das rhetorische Modell, beim politischen Gegner Nazi-Vokabeln aufzuspüren und sodann dessen Denkweise als naziähnlich zu diffamieren. Die Sprachwissenschaftler Thorsten Eitz und Georg Stötzel haben diesem Konflikt ein eigenes Buch gewidmet: das „Wörterbuch der ‚Vergangenheitsbewältigung‘“. Auf mehr als 700 Seiten sind da alle Wortgefechte rund um tatsächliche und vermeintliche Nazi-Begriffe verzeichnet, die in politischen Debatten der Bundesrepublik dank Parlamentsprotokollen und Presse nachzuweisen waren. Darunter auch Beispiele aus jüngster Zeit, wie etwa der Streit um den Begriff „Selektion“ im Zusammenhang mit der Präimplantationsdiagnostik oder die Kontroversen um das Wort „Elite“, wenn es um die PISA-Studie und Bildungspolitik geht. Im Nationalsozialismus war die planmäßige Bildung einer gesellschaftlichen Elite die ideologische Kehrseite der „Ausmerze“ von als minderwertig betrachteten Bevölkerungsgruppen.

Auch wenn Politiker die Verwendung historisch kontaminierter Vokabeln im Nachhinein bedauern, drängt sich oft der Verdacht auf, dass sie die Wörter ganz bewusst gewählt haben, um Aufmerksamkeit zu bekommen. So wird das Wort „Holocaust“, das seit Ende der 70er-Jahre zur Bezeichnung des Genozids an den Juden geläufig ist, immer mal wieder zweckentfremdet: Als „Babocaust“ wurden bereits Abtreibungen denunziert, Neonazis setzen mit dem Wort „Bombenholocaust“ die Luftangriffe der Alliierten auf Dresden 1945 mit dem Massenmord des Hitler-Regimes an den Juden gleich. Dass sich Neonazis einer derart plumpen Provokation bedienen, wundert einen nicht. Dass aber auch Politiker aus dem gemäßigten Spektrum gelegentlich der Versuchung erliegen, ihre politischen Gegner mit Hitler oder anderen NS-Größen zu vergleichen, bezeichnen Stötzel und Eitz als eine „politisch-strategische Schizophrenie“. Eine Art Tick, der einen zwanghaft Wörter sagen lässt, die man eigentlich nicht sagen



darf. Gerade weil in Deutschland eine Art Konsens darüber besteht, dass die betreffenden Geschichtsereignisse, Personen und Institutionen einzigartig, einmalig und unvergleichbar waren, dient der Nazi-Begriff hier als Argumentationsersatz und Aufmerksamkeitsbeschleuniger.

Doch was darf man noch sagen? Und wäre es nicht ein später Triumph der Nazis, wenn man Wörter nur deshalb nicht mehr benutzte, weil sie von Nationalsozialisten inflationär gebraucht wurden? Die vielen Superlative oder Kraftworte wie „gigantisch“, „total“, und „ungeheuer“. Modernitätsnachweise durch Bilder aus der Elektrotechnik wie „Anschluss“ und „Gleichschaltung“. Ausdrücke wie „Endlösung“ als Beschönigungen für mörderische Verbrechen. Sakrale Wendungen wie „Heil“ und „ewig“ oder auch mythologische wie „heldenhaft“. „Instinkt“ statt „Intellekt“. Biologische Metaphern wie „Ratten“ und „Parasiten“ sowie die entsprechenden Allegorien aus der Schädlingsbekämpfung: „Ausmerze“. Was darf man noch sagen, wenn jedes Wort, das einmal von einem Nazi in den Mund genommen wurde, nur noch Würgereiz auslöst?

Es gilt wohl, den Einzelfall zu betrachten und öfter mal innezuhalten bei dem, was man so sagt. So ist das Wort „Reichskristallnacht“ für die Schrecken des 9.11.1938, als Synagogen und jüdische Läden zerstört wurden, ein recht durchschaubarer Euphemismus, für den sich mittlerweile der treffendere Begriff „Reichspogromnacht“ eingebürgert hat. „Tabuisierungen einzelner Wörter helfen wenig“, sagt Stötzel. „Notwendig ist geschärftes Sprachbewusstsein und eine kritische Auseinandersetzung mit den Intentionen der Sprecher, die NS-Vokabular verwenden.“ Es hilft also nichts, der unbekümmerten Weiterverwendung von Nazismen als eine Art Grammatik-Hitler zu begegnen, der die NS-Sprache fanatisch tilgen will. Der Satiriker Wiglaf Droste nannte dies einst die „Kreuzberger Faustkeilregel: Wer zuerst Fascho sagt, hat gewonnen.“ ←

„Jedem das Seine“: Dieser Grundsatz aus der griechischen Antike erreichte durch die Nazizeit traurige Berühmtheit, weil er am Tor zum Konzentrationslager Buchenwald stand. Später wurden damit Handy-displays oder Kaffeesorten beworben. Keine gute Idee. Die Kampagnen wurden abgeblasen.

Tanz den Mussolini

Hitlerverehrung, rassistische Vorfälle und faschistische Rituale: In italienischen Fußballstadien herrscht bei manchen Fans und Spielern ein krudes Geschichtsverständnis

Text: Julius Müller-Meinigen

→ Giovanni Adami ist in Udine als Rechtsanwalt zugelassen, einer mittelgroßen Stadt im Nordosten Italiens. Vielleicht ist es ein Zufall, dass die Gemeinschaftskanzlei, die der Anwalt sich mit ein paar Kollegen teilt, ausgerechnet in einem grauen, während der Zeit des italienischen Faschismus errichteten Kasten in der Innenstadt untergekommen ist. Jedenfalls dürfte es Adami nicht besonders stören. Der 40 Jahre alte Rechtsanwalt ist einer der führenden Köpfe unter den rechtsradikalen Fußballfans in Italien.

Unter der Woche tritt Adami seriös in Anzug und Anwaltsrobe auf. In seiner Freizeit hingegen verwandeln sich der groß gewachsene Glatzkopf und seine Freunde in bullige, Fahnen schwingende Typen in Bomberjacken. Manche von ihnen brüllen rechtsradikale Parolen und strecken ihren rechten Arm zum römischen Gruß aus, der dem Hitlergruß ähnelt und in Italien verboten ist. Adami, meist im Hintergrund agierend, spielt sich dann als rechtlicher Beistand seiner Freunde auf. „Wenn jemand die Hand zum Gruß ausstreckt, kann man ihn nicht daran hindern“, verteidigt er seine Gesinnungsgenossen. In der Szene wird er als Held verehrt, weil er schon viele Ultras, gegen die ein Stadionverbot verhängt wurde, erfolgreich vor Gericht verteidigt hat.

„Ultras Italia“ nennt sich die mehrere Hundert Mann starke Gruppe um Adami, die ihren letzten großen Auftritt 2008 bei einem Auswärtsspiel der Nationalmannschaft in Sofia hatte. Damals gingen Bilder von italienischen Tifosi um die ganze Welt, die mit ausgestrecktem Arm die italienische Nationalhymne sangen und immer wieder „Duce, duce“ brüllten. Adami und seine Freunde verehren nicht so sehr die Fußballspieler auf dem Platz, sondern vor allem Italiens ehemaligen faschistischen Diktator Benito Mussolini, den „Duce“ (italienisch für „Führer“).

Der italienische Fußballverband kann sich solche Bilder nicht mehr leisten, deshalb wird strenger kontrolliert, welche Art von Fans sich die Tickets für die Spiele der Nationalelf sichert. Die italienischen Fußball-Faschos sind seither gezwungen, sich mehr aufs Inland zu konzentrieren. Jedes Wochenende kommen sie in den Stadien im ganzen Land zusammen. 80 Prozent aller Kurven seien in der Hand der Rechtsradikalen, behauptet Adami. Der Inlandsgeheimdienst Aisi schätzte die Situation 2007 in einem

Parlamentsbericht etwas weniger dramatisch ein. In 63 von 98 Fankurven, also zwei Dritteln, seien Neofaschisten aktiv.

In einigen Zentren hat die rechte Fußballszene besonders viel Zulauf. In Nordostitalien vor allem in Städten wie Udine, Triest, Padua und Verona. Bekannt ist, dass die Kurve von Inter Mailand zum Teil von Neofaschisten unterlaufen ist, auch über rechtsradikale Anhänger beim AC Mailand gibt es Berichte. Seit jeher wird auch der harte Kern der Fangemeinde von Juventus Turin mit einigen Gruppierungen zu diesem Lager gerechnet. Schließlich sind auch die beiden Serie-A-Vereine der Hauptstadt Rom als Auffangbecken neofaschistischen Gedankenguts bekannt: Bei Derbys gehen die Anhänger von Lazio Rom und dem AS Rom immer wieder aufeinander los. Politisch hingegen sind sich die Lager seit Langem einig. Eine Mehrheit der Gruppierungen in der Kurve des AS Rom ist rechtsradikal, auch wenn Lazio Rom durch einige spektakuläre Fälle international mehr Aufmerksamkeit erregt hat. Jahrelang bestimmte vor allem La-zios erklärt neofaschistische Fangruppierung „Irriducibili“ („Unbeugsame“) das Geschehen auf den Rängen. Immer wieder wurden in der Lazio-Kurve Spruchbänder mit rechtsradikalen Botschaften ausgestellt. „Auschwitz eure Heimat – Die Öfen eure Häuser“ stand auf einem Banner, oder auch: „Rom ist faschistisch“. Der mit martialischen Tattoos übersäte Lazio-Stürmer Paolo Di Canio feierte einen Treffer im Derby, indem er den römischen Gruß vor der Kurve zeigte. Di Canio musste eine Strafe in Höhe von 10.000 Euro bezahlen und wurde für ein Spiel gesperrt.

Weil es in den vergangenen Jahren im italienischen Fußball immer häufiger zu Ausschreitungen gekommen ist, bei denen sogar 2007 in Catania ein Polizist getötet wurde, gehen die Sicherheitsbehörden drastischer gegen die Ultras vor. Gruppen wie die „Irriducibili“, deren Rädelführer festgenommen wurden, sich aber heute wieder auf freiem Fuß befinden, haben inzwischen die Kontrolle über die Lazio-Kurve verloren. Der Geist vieler Anhänger ist dennoch derselbe geblieben.

Seit vergangenem Sommer spielt der Stürmer der deutschen Nationalmannschaft Miroslav Klose bei Lazio Rom. Weil er viele Tore schießt, hat er sich schnell zum Liebling der Fans entwickelt. Im Derby gegen den AS Rom zeigten Ultras ein Transparent mit der Aufschrift „Klose mit uns“. Die Buchstaben „s“ waren in Ru-



Der römische Gruß als Bekenntnis zum Faschismus: der einstige Lazio-Spieler Paolo Di Canio



„Gott mit uns“: Diese Losung trugen die Soldaten der Wehrmacht auf ihren Gürtelschnallen. Im römischen Stadion wurde der Spruch nach der Ankunft des deutschen Nationalspielers Miroslav Klose leicht abgewandelt.

nenschrift gehalten, angelehnt an das Symbol der SS. Der auch in der Wehrmacht populäre Spruch „Gott mit uns“ ist eine beliebte Losung unter Neonazis. Klose distanzierte sich. Als Ende Januar Kloses erfolgloser Sturmpartner, der dunkelhäutige Franzose Djibril Cissé, nach England wechselte, beschimpften ihn zahlreiche Lazio-Fans. „Stirb, Nigger-Bastard! Lazio-Fans hassen dich“, lautete ein Eintrag auf Twitter.

Nicht nur in Rom, in ganz Italien sind derartige Phänomene verbreitet. Die „Beobachtungsstelle für Rassismus und Antirassismus in Italien“ zählte allein an den ersten 19 Spieltagen der laufenden Saison 28 rassistische Vorfälle in Italiens Stadien. Auffällig ist, wie duldsam weite Teile der italienischen Bevölkerung

„Stirb, Nigger-Bastard! Lazio-Fans hassen dich“, lautet ein Twitter-Eintrag

auch heute noch auf solche Phänomene reagieren. Insgesamt wirkt der Umgang mit dem Faschismus in Italien weniger tabuisiert, auch wenn das Tragen verfassungsfeindlicher Symbole ebenso gesetzlich verboten ist wie in Deutschland. Zeugnis für einen milderen Umgang mit der Vergangenheit ist etwa auch der Obelisk vor dem Olympiastadion in Rom, an dem die Tifosi vor jedem Fußballspiel vorbeipilgern. Die Aufschrift „Mussolini Dux“ ist als historisches Zeugnis erhalten. Bis heute können Fußballer in Italien ihre Sympathien für den Faschismus kundtun, ohne in der

Öffentlichkeit für Empörung zu sorgen. Der Mittelfeldspieler des AC Mailand, Alberto Aquilani, outete sich einst als Sympathisant der neofaschistischen Partei Forza Nuova, ebenso Daniele De Rossi vom AS Rom. Der Karriere der beiden tat das keinen Abbruch. Auch einer der größten Sympathieträger des italienischen Fußballs, der Torwart von Juventus Turin und Nationalmannschaftskapitän Gianluigi Buffon, geriet mehrmals in Verdacht, gemeinsame Sache mit Neofaschisten zu machen. Die jüdische Gemeinde in Rom protestierte einst gegen Buffons Wahl der Trikotnummer 88, die in der Szene als verkappter Hitlergruß gilt (H ist der achte Buchstabe des Alphabets). Mehrmals wurde Buffon öffentlich gesehen, wie er bei Siegesfeiern Banner mit nationalistischen Losungen und keltischen Kreuzen in den Händen hielt. „Vier Indizien wirken wie ein Beweis“, schrieb die Zeitung „La Repubblica“.

Auch die Presse lässt sich zuweilen von den Rechtsextremen instrumentalisieren. „Sportweek“, die Samstagsbeilage der täglich von Millionen gelesenen „Gazzetta dello Sport“, veröffentlichte im Herbst 2008 eine Homestory über Christian Abbiati, Torwart des AC Mailand. „Ich teile einige Werte des Faschismus“, sagte er und gestand seine Bewunderung für Mussolini, dessen Büste er zu Hause stehen hat. „Der Faschismus darf kein Tabu mehr sein“, forderte der Spieler. Im italienischen Fußball ist das spätestens seit der Veröffentlichung des Interviews nicht mehr der Fall. Christian Abbiati ist inzwischen Stammtorwart des AC Mailand und steht jeden Sonntag zwischen den Pfosten. So, als sei nie etwas gewesen. ←

Was sie nicht sagen

In Israel könnte es bald ein Gesetz geben, das es verbietet, andere als Nazis zu bezeichnen. Außer natürlich, sie sind welche

Text: Daniel Erk

→ In den vergangenen Jahren hat der Begriff „Nazi“ eine bedenkliche Karriere gemacht: Von einer politischen Bezeichnung für alte wie neue Nationalsozialisten ist der „Nazi“ mittlerweile zu einer gängigen Beleidigung geworden, mit der sich Menschen gegenseitig beschimpfen. Weil er sich vom ständigen Rasenmähen seiner Sylter Nachbarn belästigt fühlte, bezeichnete der Liedermacher Reinhard Mey diese einst als „Gartennazis“, und Altbundeskanzler Willy Brandt (SPD) bezichtigte seinerzeit Heiner Geißler (CDU) „seit Goebbels der schlimmste Hetzer in diesem Land“ zu sein. Ausgerechnet in Israel haben Schimpfkanonaden, die sich auf die

Wer einen Judenstern trägt, riskiert eine Strafe von 75.000 Euro

Hitlerzeit beziehen, Konjunktur. Damit aber könnte dort bald Schluss sein - zumindest wenn es nach Uri Ariel geht, einem rechtskonservativen Abgeordneten des israelischen Parlaments. Ariel, Abgeordneter der Nationalen Union, hat dem israelischen Parlament Anfang Januar einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die missbräuchliche Nutzung der Symbole des Holocaust wie Judenstern oder Hakenkreuz und des Wortes „Nazi“ mit umgerechnet bis zu 75.000 Euro oder einem halben Jahr Haft unter Strafe gestellt würde. „Unglücklicherweise sind wir in den vergan-

genen Jahren Zeugen einer zynischen Ausnutzung von Nazi-Symbolen geworden, mit der die Gefühle von Holocaustüberlebenden, ihrer Familien und vieler anderer Israelis verletzt werden“, erläuterte Uri Ariel seine Gesetzesinitiative.

Die ist auch eine Reaktion auf eine Protestaktion ultraorthodoxer Juden, bei der einige Teilnehmer in schwarz-weiß gestreifter KZ-Häftlingskleidung mit gelbem Davidstern auf der Brust gegen eine drohende Aufhebung der Geschlechtertrennung etwa in öffentlichen Bussen demonstrierten. Bei diesen Protesten wurden Polizisten zudem als „Nazis“ beschimpft.

Der Auftritt in KZ-Häftlingskleidung war längst nicht das erste Mal, dass ultraorthodoxe Demonstranten den Staat derart verunglimpften oder mit dem Nazi-regime verglichen. Der Holocaust und die Nazis sind in Israel, auch fast 64 Jahre nach Gründung des Staates, allgegenwärtig. Der Autor Avraham Burg, selbst Sohn eines Holocaustüberlebenden und früherer Sprecher des israelischen Parlaments, beschreibt in seinem Buch „Hitler besiegen: Warum Israel sich endlich vom Holocaust lösen muss“ die symbolischen und politischen Folgen des Holocaust für sein Land. „Die Shoah und die Gräueltaten, die die Nazis an uns

verübten“, schreibt Burg, „sind untrennbarer Teil der aktiven israelischen Gegenwart“ - weshalb die Deutungshoheit über den Holocaust in gewisser Weise auch politische Macht bedeute.

Genau deshalb sehen zivilgesellschaftliche Gruppen in Israel den neuen Gesetzentwurf besonders kritisch. Lila Margalit, eine Anwältin der Vereinigung für Bürgerrechte in Israel (ACRI), schrieb in einer Protestnote an das Parlament: „Gerade wegen der zentralen Bedeutung des Holocaust ist der Versuch, zu regeln, wann und in welchem Umfeld darauf Bezug genommen werden darf, sehr problematisch.“

Die erste Hürde hat das Gesetz aber bereits genommen: Das missbräuchliche Tragen eines gelben Davidsterns oder einer KZ-Uniform soll in Zukunft genauso strafbar sein wie die Unterstellung, jemand würde die Ziele der Nationalsozialisten verfolgen, sowie die Beschimpfung anderer als Nazis. Einen entsprechenden Entwurf hat ein Ausschuss des Regierungskabinetts gebilligt.

Ausnahmen vom Gesetz sollen lediglich für Studien- oder Dokumentationszwecke und historische Aufarbeitungen gelten - und natürlich für den Fall, dass jemand tatsächlich und nachgewiesenermaßen ein Nazi ist.←



Protest paradox: Ultraorthodoxe Juden demonstrieren in der Kleidung von KZ-Häftlingen dagegen, dass Frauen und Männer im selben Bus fahren dürfen.

Ich bin dann mal weg



Runen, Hakenkreuze, grimmige Fratzen: Der amerikanische Neonazi Bryon Widner ließ mit seinen Tattoos keinen Zweifel über seine rechts-extreme Gesinnung aufkommen.

Sie erfinden Ausreden für die Kameraden und unterstützen den heimlichen Wohnungsumzug mitten in der Nacht. Manchmal gibt es auch Geld, um Tattoos entfernen zu lassen. Eine Reihe staatlicher und privater Programme unterstützt Rechtsextreme auf dem Weg aus der Szene

Text: Bernd Kramer



Nachdem er sich vom Neonazismus abgewandt hatte, ließ er sich die Tätowierungen in über 20 Operationen entfernen. „Ich war so weit, dass ich mein Gesicht notfalls in Säure gehalten hätte“, sagt er.

→ Null. Eins. Sieben. Sieben. Drei Tage braucht Daniel, um die Nummer zu wählen, probiert es und bricht ab und wählt wieder. Dieser Anruf, denkt er, ändert mein Leben.

Daniel, der eigentlich anders heißt, hat seine Jugend als Neonazi verbracht. Erst lauschte er dem Großvater, der von der Hitlerjugend und der Lagerfeuerromantik erzählte. Dann rechtsextremer Musik, die von Menschen wie seinem Großvater handelte. Er schloss sich Hooligans an, gründete eine Kameradschaft, positionierte sich offen als Nazi. Er verlor deswegen seinen Job als Personenschützer und widmete sich hauptberuflich dem „nationalen Widerstand“: Demos anmelden, Flyer drucken, Mailverteiler organisieren. Gewalt? Wohl auch. Vorstrafen? Er will nicht zu konkret werden. „Wenn ich Geld für die Arbeit bekommen hätte“, sagt Daniel, „wäre ich jetzt reich.“

Doch irgendwann mit Mitte 20 kamen Zweifel, nicht von heute auf morgen, sie schlichen sich eher in sein Leben. „Ich war felsenfest davon überzeugt, dass der Tag X kommen wird und die BRD zusammenbricht. Aber man rennt letztlich immer wieder gegen eine Mauer“, sagt er. „Ich habe irgendwann gemerkt, dass ich gesellschaftlich in der untersten Schublade gelandet war.“ Arbeit, Familie, Frau, Kind, das normale Leben – Daniel bewegte sich Lichtjahre entfernt davon. „Ich habe gemerkt, dass ich am Scheideweg stand.“ Noch tiefer, noch verbissener in den Kampf. Oder raus.

Daniel wählte die Nummer von Exit, einer Aussteigerinitiative, die Rechtsextremen zurück in die Gesellschaft hilft. Heute sitzt der 35-Jährige am anderen Ende der Leitung und berät selbst Nazis, die der Szene den Rücken kehren wollen. Der Aussteiger ist Ausstiegshelfer geworden. Auch eine Art Wiedergutmachung, sagt er.

Es gibt eine Reihe solcher Programme in Deutschland. Exit ist die älteste private Initiative, sie wurde 2000 vom ehemaligen Kriminaloberrat Bernd Wagner gegründet und hat seither nach eigenen Angaben 334 Rechtsextreme auf ihrem Weg aus der Szene begleitet. Daneben gibt es staatliche Programme. Die Konzepte sind so vielfältig wie die Angebote: Manche wenden sich an jugendliche Mitläufer, andere an inhaftierte Straftäter. Mal ist das Jugendamt zuständig, mal das Landeskriminalamt oder der Verfassungsschutz. In manchen Fällen müssen die Rechtsextremen selbst den ersten Schritt tun, andere Programme schicken ihre Mitarbeiter in die Szene, um aktiv für den Ausstieg zu werben.

Kriminalhauptkommissar Gerd Maier vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg zum Beispiel klingelt regelmäßig bei den Nazis an der Tür: „Maier ist mein Name, ich schaue nach dem Rechten.“ 30 polizeibekannte Rechtsextreme haben er und seine Kollegen neulich in Karlsruhe besucht, um ihnen das baden-württembergische Ausstiegspro-

gramm nahezulegen. In Internetforen kursieren inzwischen Warnmeldungen, wenn die Ausstiegswerker unterwegs sind, in manchen werden sogar die Autokennzeichen genannt. „Sollten jemals solche Spacken bei mir auftauchen, verfare ich wie mit den GEZ-Kopfgeldjägern und knalle die Türe zu“, schimpft da einer. Für Maier ein gutes Zeichen, die Rechtsextremen nehmen das Ausstiegsprogramm wahr: „Wir wollen uns in der Szene nachhaltig bekannt machen.“ Manch einer meldet sich erst Jahre später beim Aussteigerprogramm.

Rund 380 Rechtsextreme haben mithilfe des Baden-Württemberger Programms Big Rex der Szene den Rücken gekehrt. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt seit Kurzem auch die Aktion Neustart, das Aussteigerprogramm des niedersächsischen Verfassungsschutzes, das vor allem auf junge Einsteiger zielt. Taucht ein Name in den Polizeiberichten auf, der vorher noch nicht bekannt war, fahren die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes raus und suchen das Gespräch: Was fasziniert dich an der braunen Ideologie?

Ein Großteil der Ausstiegsprogramme, die die Innenminister ab 2001 initiiert haben, ist beim Verfassungsschutz angesiedelt – was auf manchen durchaus befremdlich wirkt. Schließlich wirbt der Geheimdienst gleichzeitig unter den Rechtsextremen um V-Männer, also verdeckte Ermittler. Ein Interessenkonflikt? In NRW jedenfalls wurde kürzlich bekannt, dass der Verfassungsschutz jahrelang ein Aussteigerprogramm nutzte, um Informationen abzugreifen. Die Landesregierung will jetzt überlegen, wie sich V-Mann-Programm und Ausstiegsangebote sauberer trennen lassen.

In Rheinland-Pfalz hat man sich bewusst dafür entschieden, das Ausstiegsprogramm nicht bei der Polizei oder dem Verfassungsschutz anzusiedeln – sondern beim Landesjugendamt in Mainz. Schließlich sei Rechtsextremismus vor allem ein soziales Problem, sagt Angelika Stock, die dort die Projekte gegen Rechtsextremismus leitet. „Die Aussteiger sollen nicht das Gefühl bekommen, dass ihre Daten für Ermittlungen gegen sie verwendet werden.“

Mainz nutzt das klassische Konzept: eine Hotline, die Ausstiegswillige von sich aus anrufen müssen. Wer ernsthaft aus der Szene will, so die Idee, muss auch selbst die Initiative dazu ergreifen. Im vergangenen Jahr klingelte das Aussteigertelefon 264 Mal. Es sind oft zögerliche Annäherungen: Die Anrufer legen nach ein paar Worten wieder auf, melden sich Wochen später erneut. Vor dem ersten Treffen müssen die Ausstiegsinteressenten eine Person angeben, die eine Referenz über sie abgeben kann, etwa die Polizei oder einen Fallbetreuer bei der Arbeitsagentur. Wer ist der Anrufer? Wie ernst ist es ihm mit dem Ausstieg? „Wir möchten nicht instrumentalisiert werden“, sagt Angelika Stock. „Manchmal melden sich Leute kurz vor einem Straf-

Manchmal melden sich Straftäter kurz vor ihrem Prozess – nicht aus Reue, eher aus strategischen Gründen

Aussteigerprogramme:**EXIT-Deutschland**

www.exit-deutschland.de

Telefon: 0177 240 4592

(R)Auswege

Programm des Landesjugendamtes Rheinland-Pfalz

Telefon: 0800/45 46 000

Aktion Neustart

(Programm des Verfassungsschutzes Niedersachsen)

Telefon: 0172 444 4300

Bundesamt für**Verfassungsschutz**

aussteiger@bfv.bund.de

verfahren bei uns, weil sie so auf ein milderes Urteil hoffen.“

Die Mitarbeiter beraten die Aussteiger, wie man sich am geschicktesten aus der Szene zurückziehen kann. Möglichst geräuschlos, ohne Verdacht zu erregen. Welche Vorwände gibt es, um einem Treffen mit den Kameraden fernzubleiben? Den Job, der gerade kaum Raum lässt? Die skeptische neue Freundin? Legenden zu stricken ist heikle Arbeit. „Das ist kein Sportverein“, sagt Stock. „Man kann nicht einfach sagen: Das war heute mein letzter Abend, ihr gefällt mir nicht mehr.“

Nicht immer klappt der stille Rückzug. Daniel, der über Exit ausstieg, gab den Vorsitz seiner Kameradschaft auf, behauptete, dass er sich wegen eines Gerichtsprozesses aus der Schusslinie bringen wolle. Aber die Kameraden riefen an: Wir können uns doch immer noch privat treffen. „Irgendwann wurden die Anrufe direkter“, sagt Daniel. Ein halbes Jahr hätten sie ihn beschattet, ihn fotografiert, wenn er sich mit Leuten außerhalb der Szene traf. Schließlich lauerten sie ihm auf dem Berliner Weihnachtsmarkt auf, umzingelten ihn. „Sag schon, was läuft mit dir?“ Zum ersten Mal in seinem Leben, sagt Daniel heute, hätte er wirklich Angst gehabt.

Auch Gerd Maier und seine Kollegen aus Baden-Württemberg wissen, wie brutal die Szene mit Aussteigern mitunter umspringt. Deswegen gehen sie auch mal bewusst Klinken putzen bei den Kameraden eines Aussteigers, natürlich ohne zu sagen, wen sie gerade betreuen. „Wie läuft es eigentlich mit Ihrer Bewährungsstrafe?“ So eine Frage von einem Kriminalhauptkommissar macht Eindruck – ein Vorteil, wenn die Ausstiegshilfe direkt bei den Sicherheitsbehörden angesiedelt ist.

Mit der Hilfe von Exit zog Daniel weg aus Berlin, wohin, will er nicht sagen, es klingt wie eine Nacht- und Nebel-Aktion, wie eine Flucht aus dem alten Leben. „Wir mussten aufpassen, dass niemand etwas mitbekommt, dass niemand in der Nähe war, der uns hinterherfuhr“, erzählt er. „Das war sehr konspirativ angelegt. Alles musste ganz schnell gehen, und die Tageszeit war sehr unschön für einen Umzug.“

Plötzlich fand sich Daniel alleine in der Fremde wieder. Ohne das alte Leben, aber auch noch nicht mit einem neuen.

„Da tut sich ein großes Loch auf, das viele nur schwer aushalten können“, sagt Angelika Stock vom rheinland-pfälzischen Ausstiegsprogramm. „Viele haben sich in der Szene sehr lebendig gefühlt und müssen jetzt einen neuen Sinn finden, für den sie morgens aufstehen.“ Die Ausstiegshelfer überlegen, was es sonst noch geben könnte: Einen neuen Verein? Alte Kontakte zu Schulfreunden? Eine Ausbildung? Die Helfer gehen mit zu Behörden, organisieren manchmal auch das Geld, damit sich Aussteiger rechtsradikale Tätowierungen entfernen lassen

können. Gerd Maier hat sich kürzlich beim Landkreis dafür eingesetzt, dass ein Aussteiger nach der Haftentlassung einen Zuschuss für Kleidung bekam. „Der hatte nur rechte Klamotten.“

Viele Aussteiger sind völlig orientierungslos im deutschen Ämterdschungel. Und oft zeigt sich beim Ausstieg, dass das braune Gedankengut all die Jahre etwas anderes überdeckte, viel tiefere, persönlichere Probleme.

Thomas Mücke vom Verein „Violence Prevention Network“ geht zu jungen rechtsextremen Straftätern in den Knast, um mit ihnen ihr Weltbild aufzuarbeiten. Mücke legt Fotos auf den Boden, von Schwarzen, von Schwulen, von Ausländern, um herauszufinden, wie fest die Feindbilder sitzen. Manchmal laufen die Insassen rot an und wollen die Fotos zertrampeln. „Das ist ein Zeichen, dass da einer wirklich ein Problem hat.“

Die Straftäter, hat Mücke festgestellt, haben immer wieder ähnliche Biografien: zerrüttete Familien, Eltern, die trinken, kaum Anerkennung. „Die Gewalt entsteht aus der Lebensgeschichte, nicht aus der Ideologie“, sagt Mücke. „Die Ideologie kommt nur irgendwann als Rechtfertigung dazu. Aber sie hält die Gewalt aufrecht.“ In den Gruppensitzungen versucht Mücke, kleine Risse in das Gedankengebäude zu bringen, damit die Jugendlichen über sich und ihr Leben nachdenken. Sie diskutieren über den Bombenangriff auf Dresden, über die angebliche jüdische Weltverschwörung und immer wieder darüber, welcher Frust es eigentlich ist, der sie austicken lässt. 480 rechtsextreme Straftäter haben das Programm seit 2001 durchlaufen. Die Rückfallquote liegt mit rund 30 Prozent weit unter der üblichen von etwa 78 Prozent.

Der ehemalige Kameradschaftsführer Daniel und seine Kollegen bei Exit versuchen inzwischen mit ungewöhnlichen Mitteln in der Szene für den Ausstieg zu werben. Etwa mit der „Operation Trojaner-T-Hemd“. Für ein Rechtsrock-Festival schickten sie im vergangenen Sommer dem NPD-Kreisverband Gera 250 T-Shirts, eine angebliche Kleiderspende eines Sympathisanten. „Hardcore Rebellen: National und frei“ stand unter einem Totenschädel auf dem schwarzen Stoff. Die Konzertbesucher griffen begeistert zu. Nach dem Waschung verschwanden Totenkopf und Schriftzug, und das T-Shirt offenbarte seine wahre Botschaft: „Was dein T-Shirt kann, kannst du auch. Wir helfen dir, dich vom Rechtsextremismus zu lösen.“ ←

Manche Aussteiger haben Bücher geschrieben. Lesetipps bekommst Du auf fluter.de/nazis

Fascho-Fashion

Früher war alles so einfach: Glatze und Springerstiefel waren der Einheitslook der Nazis. Doch das ist schon lange vorbei. Ein Dossier über den Look der Szene

Text: Johannes Radke

→ Knapp 150 Menschen drängen sich in dem winzigen Raum. Fast ausschließlich junge Männer sind es, die dicht vor der Bühne stehen. Sie sehen aus, als wären sie Statisten im Musikvideo einer populären Rockband. Piercings, Kapuzenjacken, Basecaps, Tattoos und die aus amerikanischen Gettos entlehnten Bandana-Kopftücher bestimmen das Bild. Allein die schwarz-weiß-rote Fahne an der Bühnenrückwand lässt erkennen, dass es sich nicht um den Auftritt einer x-beliebigen Hardcoreband handelt, sondern um ein Konzert der militanten Neonazi-Szene.

Mit dem Mikrofon in der Hand steht René Weiße aus dem thüringischen Altenburg vor der Menge. Seine Arme sind bis zu den Handgelenken mit bunten Tätowierungen übersät, er trägt Koteletten und hat große Löcher in den Ohren. Seine Nazi-Band Brainwash spielt den selbst ernannten Stil „National Socialist Hardcore“. Extrem schnelles Schlagzeug, harte Riffs und bis zur Unverständlichkeit geschriene Texte in englischer Sprache kennzeichnen diese Musik. Es ist der Soundtrack einer neuen Generation von Rechtsextremisten, die mit der Monokultur der rechten Skinheads nur noch wenig zu tun haben. Die neuen Nazis setzen viel Energie daran, als dynamisch, modern und cool wahrgenommen zu werden. Mit der vorgetäuschten Offenheit fällt es ihnen leichter, Jugendliche zu rekrutieren – ein Trend, der sich längst in der ganzen Szene durchgesetzt hat. *(weiter auf Seite 28)*



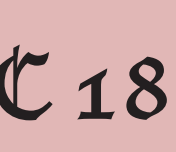
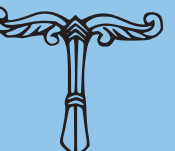
Wenn das die Leute von Nike sehen!
Nazi-Braut mit gefaktem T-Shirt

Elements of crime

In der rechtsextremen Szene gibt es etliche Symbole und Codes. Mal wird auf den Nationalsozialismus Bezug genommen, mal auf die germanische Mythologie

Bei einem Hakenkreuz-Tattoo oder einem Adolf-Hitler-Bild auf Arm oder T-Shirt ist alles klar: Der Träger dürfte ein Neonazi sein. Aber oft ist es nicht so einfach. Die Erkennungszeichen der rechtsextremen Szene haben sich in den vergangenen Jahren stark vermehrt, und zur Auseinandersetzung mit Neonazis gehört, diese offenen und versteckten Symbole zu erkennen. Bezüge auf den Nationalsozialismus belegen ganz plakativ die politische Gesinnung - wie aber ist es beispielsweise bei den germanischen Symbolen? Die werden auch von anderen Szenen genutzt, die großen Wert darauf legen, nicht mit Neonazis in einen Topf geworfen zu werden. Wer also Thorshammer oder das Bild eines Wikingerhelms trägt, muss noch lange kein Fascho sein. Ähnlich ist es mit bestimmten Modemarken: Firmen wie Lonsdale, die oft von Rechtsextremen getragen werden, legen Wert darauf, nicht mit dem neonazistischen Umfeld in Verbindung gebracht zu werden. Dieses Schaubild soll helfen, den Überblick zu behalten.

(Quelle: „Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen“; Hg.: agentur für soziale persepektiven e.V. (asp))

 Hakenkreuz Staatssymbol des „Dritten Reichs“						
 Reichsadler Symbol des Deutschen Reichs						
 Rudolf Heß Hitlers Stellvertreter gilt als Märtyrer	 Landser Huldigung der Wehrmacht und verbotene Naziband					
 Reichskriegsflagge (nur in Verbindung mit Hakenkreuz verboten)	 SA Zeichen der paramilitärischen Sturmabteilung					
 SS Zeichen der Schutzstaffel	 Schwarze Sonne Beliebtes Symbol der SS	 NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands	 Blood & Honour Verbotene Organisation	 Combat 18 Bewaffneter Arm von Blood & Honour	 Walhall Ort, an den die gefallenen Krieger kommen	 Odin statt Jesus Odin Germanischer Göttervater
 Wolfsangel u.a. Zeichen für eine SS-Sondereinheit	 SS-Totenkopf Zeichen einer SS-Division	 JN Junge Nationaldemokraten (Jugendorg. der NPD)	 Hammerskins Internationale Skinhead-vereinigung	 Anti-Antifa	 Wikinger „Reine Rasse“ nach arischem Vorbild	 Thorshammer (auch beliebt in der Metal-Szene und bei Neuheiden)
 Sachsen Die NSDAP unterteilte das Land in Gaue	 HJ Hitlerjugend (Odalrune)	 Freie Kameradschaft Eigenständige, parteiungebundene Gruppen	 KKK-Kreuz Ku-Klux-Klan, US-Rassisten	 HDJ Heimatreue Deutsche Jugend (Verbotener Verein)	 Irmingsul Symbol des „Ahnenerbes“	 Runen Altnordische, germanische Zeichen

Infografik: Ole Häntzschel

In Deutschland verboten	In Deutschland im Zusammenhang mit rechter Propaganda verboten	Symbole mit national-sozialistischem Bezug
Embleme und Logos von extrem rechten Organisationen	Symbole mit germanischem/heidnischem Bezug Nicht nur, aber gerne von Neonazis benutzt	Szenecodes
Dresscodes und Modemarken	Modemarken, die keine Verbindung in die rechtsextreme Szene haben, aber trotzdem häufig von Neonazis getragen werden	Verwirrspiel Symbole der linken Szene, die oft von Neonazis missbraucht werden



Good night left side
Verunglimpfung von „good night white pride“



Pali-Tuch
Hass auf Juden eint radikale Palästinenser und Neonazis



Masterrace
Nomen est omen

 White-Power-Faust Symbol für Überlegenheit der „weißen Rasse“	 Keltenkreuz* Dieselbe Bedeutung wie die White-Power-Faust	 168:1 Anspielung auf rechten Terroranschlag in USA mit 168 Toten	 KC / Kategorie C Steht für Gewaltbereitschaft (und ist der Name einer Naziband)	 Doberman Macht den Träger zum scharfen Wachhund	 Troublemaker Skinheads Favorite	 Alpha-Industries Beliebt wegen der Ähnlichkeit mit dem SA-Logo
 14 Words Berühmte rassistische Rede eines US-Nazis aus 14 Wörtern	 18 Erster und achter Buchstabe im Alphabet: Adolf Hitler	 28 B und H wie Blood & Honour	 88 H und H wie Heil Hitler	 Ansgar Aryan Die Saga von der germanischen Mode	 Thor Steinar Nicht nur bei Neonazis beliebt, aber bei denen auf jeden Fall	 Lonsdale Beliebt wegen des „nsda“ im Logo
 H8 Englisch ausgesprochen: Hate = dt. Hass	 ACAB All Cops are Bastards (Wurde aus der Punkszene übernommen)	 WAR White Aryan Resistance	 ZOG Zionist Occupied Government (Zionistische besetzte Regierung)	 Consdapple Klamotten mit „nsdap“ im Logo	 Erik and Sons Rechtsradikale Marke, nennt sich „Viking Brand“	 Pit Bull Klamotten für den Hooligan

*In einigen Bundesländern verboten

Die alten Bilder von Glatzköpfen mit Springerstiefeln und Baseballschlägern, die viele Medien noch immer heranziehen, wenn sie über Neonazis berichten, haben heute kaum noch etwas mit der Realität zu tun. Der martialische Skinhead-Kult mit seinen strengen Dogmen oder die uniformierten Braunhemden der Wiking-Jugend sprechen heute kaum noch Jugendliche an.

Richtige Nazi-Skinheads sucht man bei rechtsextremen Aufmärschen inzwischen meist vergeblich. Modisch hat sich die rechtsextreme Szene in den vergangenen Jahren komplett gewandelt. Viele Neonazis sind an ihrem Äußeren kaum noch zu erkennen. Nur Eingeweihte können die Codes und Symbole auf ihren Buttons und T-Shirts entschlüsseln. An der rechtsextremen Ideologie, dem Hass auf Flüchtlinge, Juden und die Demokratie, hat sich jedoch nichts geändert, das alles wird jetzt nur anders verpackt. „Die jungen Neonazis suchen nach kulturellen Abgren-

Kapuzenpulli statt arischem Scheitel? Das finden dann doch einige ganz schön „entartet“ und „undeutsch“

zungsmöglichkeiten gegen ihre als altbacken und klischeebeladen empfundenen Vorgänger“, sagt der Politikwissenschaftler Christoph Schulze, der die Entwicklung der Szene seit Jahren beobachtet. „Sie wollen Zugang zu den Jugendszenen haben – das geht nur in einer frischen, unverbrauchten Verpackung.“

Maßgeblich verantwortlich für das neue Auftreten sind die sogenannten Autonomen Nationalisten (siehe auch Seite 10). Dabei handelt es sich um eine Strömung von jungen, erlebnisorientierten und äußerst gewaltbereiten Nachwuchsnazis. Sie tauchten 2003 erstmals in Berlin und Dortmund auf. Als schwarzen Block mit Sonnenbrillen, Kapuzenjacken und Handschuhen inszenieren sie sich seither bei Nazi-Aufmärschen. Sie nutzen bewusst den Kleidungsstil, der bislang nur bei linken Autonomen zu sehen war. Es geht darum, zu provozieren und gleichzeitig ein popkulturelles Element zu etablieren, das auch bei nicht rechtsextremen Jugendlichen attraktiv ist. Bald tauchten Rechtsextremisten mit Che-Guevara-T-Shirts auf; die alten Transparente mit Frakturschrift wurden durch moderne Streetart-Motive und englischsprachige Parolen ersetzt. Über die Lautsprecherwagen liefen jetzt Lieder von Wir sind Helden und den Ärzten anstelle des dumpfen Rechtsrocks. Dass Che Guevara Kommunist war und Wir sind Helden genau wie die Ärzte erklärte Nazi-Gegner sind, wird einfach ausgeblendet.

Bei älteren Rechtsextremisten stieß das Auftreten der Autonomen Nationalisten anfangs auf harte Kritik. Als „undeutsch“ und „entartet“ empfanden einige die Abkehr von arischem Scheitel und völkischem Kitsch. Doch der offen ausgetragene Generationskonflikt innerhalb der Szene verschaffte den Autonomen Nationalisten weiteren Zulauf. Es dauerte nicht lange, bis sich auch der Rest der Szene mit dem Konzept anfreundete oder es zumindest duldete. Was vor neun Jahren als urbanes Phänomen

einer kleinen Gruppe begann, hat sich heute als wichtiger und am schnellsten wachsender Teil des Spektrums etabliert. Der Verfassungsschutz geht derzeit davon aus, dass rund 20 Prozent der gesamten gewaltbereiten Szene den Autonomen Nationalisten zuzurechnen sind, Tendenz steigend.

Am stärksten profitiert hat von der Moderevolution des rechtsextremen Spektrums vermutlich die Marke Thor Steinar aus Brandenburg. Schon 2002 wurde Thor Steinar beim Markenamt eingetragen. Im Unterschied zu Marken wie Lonsdale oder Fred Perry, die aus normalen Sportgeschäften stammen und in den 90er-Jahren von Rechtsextremen vereinnahmt wurden, gab es Thor Steinar anfangs fast ausschließlich bei einschlägigen Nazi-Läden und Versandhäusern zu kaufen. Mit germanischen Runen, völkischer Symbolik und zweideutigen Motiven, wie „Weidmanns Heil“ oder „Hausbesuche“ mit einem Maschinengewehr darunter, machte sich die Marke schnell in der rechtsextremen Szene beliebt. Zwischenzeitlich war das Runenlogo aufgrund der Ähnlichkeit mit Symbolen aus dem Nationalsozialismus verboten. Die Polizei stellte Tausende T-Shirts und Pullover von Thor Steinar sicher, bis ein Gericht das Verbot wieder aufhob. Inzwischen ist Thor Steinar im Mainstream angekommen. Der Käuferkreis erstreckt sich weit über die rechtsextreme Szene hinaus. Allein 2006 machte die Marke einen Jahresumsatz von zwei Millionen Euro. Selbst als kurzzeitig ein arabischer Investor bei der Firma einstieg, änderte das nichts am Kultstatus der Runenklamotten.

Die Geschäftsleute aus dem rechtsextremen Milieu haben schnell erkannt, dass mit der neuen Kundschaft viel Geld zu machen ist. Während Thor Steinar offiziell stets betont, das Unternehmen sei völlig unpolitisch, gibt es mittlerweile mehrere Konkurrenzmarken, die sich offen an Neonazis ranschmeißen. „Die neue Nazi-Mode hat einen Markt hervorgebracht, der etliche szenenaher kleine und mittelständische Unternehmen über Wasser hält“, sagt Schulze. „Wer will, bekommt brachiale Bekenntnisse zum Nationalsozialismus, für Zögernde gibt es zweideutige Marken.“

Ansgar Aryan aus Thüringen verbindet beispielsweise moderne Surfer-Designs mit offensiven Bezügen zum historischen Nationalsozialismus. Eine ganze Kollektion „Weapons“ ist mit Schusswaffen der SS bedruckt. Ein anderes Motiv zeigt einen Wehrmachtspanzer mit dem Spruch „Nach Frankreich fahren wir nur auf Ketten“ als zynische Verherrlichung des Zweiten Weltkrieges.

Brainwash-Sänger Weiße hingegen setzt lieber auf das Spiel mit uneindeutigen Motiven. 2009 gründete er die Nazi-Marke Dryve By Suizhyde. Anfangs begann er, dilettantisch Motive bekannter Rockbands zu kopieren und mit eigenen Schriftzügen zu versehen. Selbst die Modelfotos für den ersten Katalog übernahm er wohl einfach von der Webseite eines linken Hardcore-Versands. Inzwischen tritt die Marke aber immer professioneller auf. Die Motive sind kaum von denen bekannter Skatemarken oder Band-T-Shirts zu unterscheiden. Offene Bekenntnisse zum Nationalsozialismus sucht man in den verschnörkelten Designs mit den grellen Farben vergeblich. ←

Unser Autor Johannes Radke ist Experte für das Thema Rechtsextremismus. Gemeinsam mit Toralf Staud hat er das Portal „Netz gegen Nazis“ gestartet und an dem „Buch gegen Nazis“ mitgearbeitet, das bei KiWi erschienen ist und 12,95 Euro kostet (ISBN 978346204160-6).



Ganz plötzlich

Der Vater lag in einer Blutlache, die Mutter flog in die Ecke: Völlig grundlos wurde vor anderthalb Jahren das Fest überfallen, mit dem Angelo die Geburt seiner Tochter feiern wollte. Heute scheint es, als habe er sich mit der Gefahr abgefunden

Text: Barbara Bollwahn, Illustration: Benjamin Güdel

→ Es war der Tag nach der Geburt seiner Tochter Nele. Angelo Opitz war überglücklich. Während Mutter und Kind noch im Krankenhaus waren, feierte er mit Freunden und Verwandten auf dem Firmengelände seines Vaters, der einen Wertstoffhandel betreibt. Im Windschatten einer Betriebshalle saßen sie auf Bierbänken, aßen Würste vom Grill, stießen mit Bier auf den Nachwuchs an und hörten Musik. Angelo Opitz steht auf Punkrock, die Toten Hosen und Bands wie A.C.K., das Allgemeine Chaos Kommando. Zwei Stunden nach Mitternacht, das alljährliche Parkfest ganz in der Nähe war zu Ende, tauchte ein richtiges Chaoskommando auf: 25, 30 Männer, viel mehr als Gäste da waren, viele in Thor-Steinar-Kleidung, mit kurzen Haaren und muskelbepackt. Wahllos schlugen sie auf die Feiernden ein. Als der Vater von Angelo Opitz die Polizei anrufen wollte, wurde ihm von hinten eine Holzpalette auf den Kopf geschlagen. Andere Gäste wurden mit Flaschen und Bierkästen angegriffen. Es hagelte Faustschläge und Fußtritte. Was als Geburtstag begonnen hatte, endete mit Platzwunden, gebrochenen Rippen, Prellungen und Blutergüssen. Vier Gäste mussten zur Behandlung ins Krankenhaus. Angelo Opitz kam mit einer aufgeschlagenen Lippe davon.

Einen Grund für den brutalen Überfall gab es nicht. Weder war eine offene Rechnung zwischen Rechtsextremen und Linken zu begleichen, noch kannten sich die Kontrahenten. Eine mögliche Erklärung liegt im politischen Klima der Stadt, in der der Angriff stattfand: das sächsische Meerane. Der Ort liegt 20 Kilometer nördlich von Zwickau, wo die Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund, der die Morde an neun Kleinunternehmern türkischer und griechischer Herkunft sowie einer Polizistin vorgeworfen werden, jahrelang unerkannt lebte.

Wenn man was gegen die Neonazis unternahme, komme es doppelt zurück“, sagt Angelo

In Meerane, bekannt für die Steile Wand, eine Straße mit zwölf Prozent Steigung, ging es nach dem Mauerfall eher bergab: Staatliche Betriebe der Textilindustrie und Karosserieproduktion wurden geschlossen, die Einwohnerzahl ging von knapp 21.000 auf 16.000 zurück. Eine NPD-Landtagsabgeordnete hat in Meerane ein Bürgerbüro, im 22-köpfigen Stadtrat sitzt der Kreisvorsitzende der NPD. Nach Angaben des sächsischen Verfassungsschutzes waren 2010 im Freistaat Sachsen 2.670 Rechtsextremisten aktiv. Im Sommer 2010 wurde sachsenweit „eine Häufung von Angriffen Rechter gegen linke Jugendliche“ festgestellt. Im August 2010 wurde das Geburtstagsfest in Meerane gesprengt.

„Meerane ist ein braunes Nest“, beschreibt Angelo Opitz seine Geburtsstadt. Der 25-Jährige ist, bevor er seine Tochter von der Kita abholt, in das Büro auf dem Wertstoffhof seines Vaters gekommen. Er macht bei ihm im Rahmen seiner Ausbildung zur Fachkraft für Lagerlogistik ein Praktikum. In der Halle unter dem Büro befand sich zu DDR-Zeiten ein Heizhaus, das zum IFA-Karosseriewerk gehörte, wo Karosserien für den Trabant hergestellt wurden. Jetzt schreddert sein Vater hier Plastikmüll zu Granulat. Angelo Opitz sitzt in dem mühsam mit einem Gasstrahler erwärmten Raum auf einer ausrangierten Couchgarnitur und macht nicht viele Worte. Die Piercings in der Lippe, der Nase und den Augen-

brauen, die schwarze Hose mit den hellgelben Batikflecken, die Kappe auf dem Kopf mit den zerschlissenen Aufnähern – ganz oben steht „Terror“ –, das alles zeigt, wofür er steht. „Ich bin weder rechts noch links“, sagt er, „ich bin Punker.“ Was das für ihn bedeutet, drückt er mit zwei Worten aus: „Freiheit eben.“

Angelo erzählt von Hakenkreuzen und SS-Runen, die immer wieder an Häuser geschmiert werden, von „Sieg Heil“-Rufen, Angriffen mit Baseballschlägern. Abends ist er in Meerane schon lange nicht mehr unterwegs. „Irgendwann geht es einem auf den Sack, eins auf die Omme zu kriegen.“

Eine kleine Narbe an der Unterlippe erinnert an den Angriff vor anderthalb Jahren, bei dem er seinen Vater in einer Blutlache liegen sah und mitbekam, wie sie seine Mutter „in eine Ecke schmissen“. Nachdem er selbst zu Boden geschlagen wurde, blieb er liegen, ohne sich zu wehren. „Die Angreifer waren in der Überzahl.“ Nach dem Überfall wurde Angelo Opitz von Bekannten gefragt, ob er eine Demo gegen die Rechtsextremen organisieren wolle, doch er wollte nicht. „Wenn man was dagegen macht, kommt es doppelt zurück.“ Angst, sagt er, habe er nicht, zumindest

Opfer rechtsextremer Gewalt

Über die Anzahl der Todesopfer rechtsextremer Gewalt gibt es unterschiedliche Angaben: Laut Bundesregierung sind es seit der Wende 58. Bei der Zählung sind die Morde, die vom NSU begangen wurden, nicht berücksichtigt, weil es sich um ein schwebendes Verfahren handelt.

Nach Recherchen des „Tagesspiegel“ und der Wochenzeitung „Die Zeit“ wurden hingegen insgesamt 148 Menschen von 1990 bis 2011 durch rechtsextreme Gewalt getötet. Der Unterschied kommt zustande, da Polizei und Justiz oft uneinheitliche Maßstäbe bei der Bewertung des Tatmotivs anlegen. Die Bundesregierung zählt nur solche Taten, bei denen im Urteil ein politisches Tatmotiv explizit genannt wird. Die Amadeu Antonio Stiftung zählt im selben Zeitraum sogar 182 Todesopfer. Benannt wurde die Stiftung nach Amadeu Antonio Kiowa, der im November 1990 von Neo-nazis getötet wurde. Er war eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt nach der deutschen Wiedervereinigung. Die jugendlichen Täter wurden zu Bewährungs- und maximal vierjährigen Haftstrafen wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt.

nicht um sich selbst – allenfalls um seine Freundin und die gemeinsame Tochter. „Klar denke ich manchmal, das kann doch alles nicht wahr sein. Aber ich habe mich damit abgefunden.“

Sein Vater sitzt in Arbeitskramotten nah am Heizlüfter und redet nicht viel – wie sein Sohn. Für Politik interessiert sich der 47-jährige René Opitz nicht. „Mein Sohn wird angefeindet, weil er Punker ist“, sagt er, Meerane sei eben eine Hochburg der Neonazis. Nüchtern erzählt er von dem Abend im Sommer 2010: „Die wollten ein Bier, ich habe nee gesagt und mich umgedreht. Dann bekam ich einen Schlag auf den Nischel, alles war dunkel, und als ich aufgewacht bin, war alles vorbei.“ Er schüttelt den Kopf. „Ich bin fast über die Klinge gesprungen.“

Tatsächlich waren an der Holzpalette, die man ihm auf den Kopf schlug, auch Nägel, die ihn um wenige Zentimeter verfehlten. Die Angreifer hätten „Scheiße gebaut“, sagt René Opitz, und müssten zur Verantwortung gezogen werden. Hätten sie nur gepöbelt, wäre ihm das egal gewesen.

René Opitz will weder Ärger noch irgendeine Ideologie. „Ich lasse die in Ruhe und die mich.“ Zu DDR-Zeiten war er gegen den Kommunismus und den Staat. Und auch jetzt solle ihm niemand seine Weltanschauung aufdrängen. Er wohnt im nahe gelegenen Waldenburg. Nach Meerane kommt er nur zum Arbeiten. Und deshalb könne er auch eigentlich gar nicht „mitreden“.

Einen Tag nach dem Angriff besuchte ihn der Bürgermeister und entschuldigte sich für den Überfall. Das Stadtoberhaupt war einst selbst Opfer eines rechtsextremen Anschlags geworden: 2006 wurden die Windschutzscheibe seines Autos und das Fenster seines Arbeitszimmers, in dem er noch spät in der Nacht saß, mit einem Stein eingeschlagen, auf dem die Aufschrift „JSS“ stand. JSS steht

für „Jung Sturm Sachsen“. Ein Jahr zuvor hatte er gegen die Verteilung der „Schulhof-CD“ der NPD, mit der Jugendliche für die rechtsextreme Szene interessiert werden sollen, mobil gemacht und die Partei angezeigt. Ein Aussteiger aus der Szene, durch den drei Tatverdächtige ermittelt werden konnten, sagte als Kronzeuge vor Gericht aus, dass dem Bürgermeister „Angst eingejagt werden sollte, weil er gegen die NPD tätig geworden ist“. Die Täter wurden wegen Sachbeschädigung zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Einen anderen Politiker haben Rechtsextreme gar aus Meerane vertrieben. Vor sechs Jahren hat ein ehemaliger Landtagsabgeordneter der PDS, der im Rollstuhl sitzt und sich im Stadtrat gegen

Er will bleiben, wo er ist, weil es seine Heimat ist. Und obwohl er überzeugt ist, dass es weitergehen wird

Rechtsradikale starkmachte, nach einer Reihe von Anschlägen seine Ämter niedergelegt und die Stadt verlassen. Er hatte Angst um sein Leben.

Angelo Opitz ist noch da. Und ab dem 19. April müssen sich fünf junge Männer vor dem Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal wegen des Überfalls auf seine Feier verantworten. Ihnen wird gefährliche Körperverletzung in neun Fällen vorgeworfen. Drei Verhandlungstage sind angesetzt, 18 Zeugen sollen gehört werden. Angelo Opitz ist überzeugt, dass „es auch danach weitergehen wird“. Trotzdem will er in Sachsen bleiben. „Das ist meine Heimat.“ ←

Hintergründiges zur Migration – von Sheila Mysorekar (Teil 1)

Wat bist du für einer?

Neulich gingen wir mit Freunden in ein typisches Kölner Brauhaus, wo es Kölsch und „jutbürgerliche Küsche“ gibt, wie der hiesige Ureinwohner sagt. Wir waren zu zwölf: Rheinländer mit diversen, deutlich erkennbaren Migrationsvordergründen und ein Österreicher. Wir wussten wie echte Eingeborene, dass „Halve Hahn“ kein halbes Hähnchen, sondern ein Brötchen mit Käse ist. Die Kellnerin brachte in hoher Schlagzahl Kölsch und fragte plötzlich den weißen (!) Österreicher: „Und wat bis du für einer?“ Sie erkannte eben die Realität: Da sitzt ein Dutzend Menschen, schwarz oder asiatisch, aber definitiv Leute von hier, die wissen, dass eine „Stange“ ein Glas Kölsch ist. Also Rheinländer. Und dann sitzt da ein Weißer, der den Unterschied zwischen Kölsch und Pils nicht kennt und obendrein mit komischem Akzent redet. Also ein Ausländer. Klare Sache. Glückwunsch an diese Kellnerin: Sie lebt in der Realität.

Unsere Autorin Sheila Mysorekar ist Indodeutsche und derzeit 1. Vorsitzende der „Neuen Deutschen Medienmacher“, einer Organisation von Journalisten mit Migrationshintergrund, die mit ihrer Arbeit u.a. Medien für die Sichtweise von Menschen mit Migrationshintergrund sensibilisieren wollen.

Traurige Geschichte

Sieg-Heil-Rufe, Attacken auf Schwule und Juden-hass: Ausgerechnet in Polen, das wie kaum ein anderes Land unter dem Nazi-Terror gelitten hat, sorgen Rechtsextreme für Angst und Schrecken. Bericht aus einem Land auf der Hut

Text: Stefan Kesselhut



Flagge zeigen wider das Vergessen: israelische Jugendliche auf den Schienen, die ins Konzentrationslager Auschwitz führen

→ Die Unbekannten hatten nicht nur Hakenkreuze auf die Mauer der Gedenkstätte geschmiert, gleich darunter standen die Worte: „Sie waren leicht brennbar“ und „Wir entschuldigen uns nicht“. Hier, im ostpolnischen Jedwabne, wurden im Sommer 1941 Hunderte Juden von ihren Nachbarn bei lebendigem Leib verbrannt.

Auch wenn in diesem Fall aus dem vergangenen Jahr die Wellen der Empörung über die Schändung besonders hoch schlugen, war die Tat für den Soziologen Rafał Pankowski fast so etwas wie Alltag. Er ist Mitglied der Organisation „Nigdy Więcej“, auf Deutsch „Nie wieder“, die seit Jahren den Rechtsextremismus in Polen dokumentiert. „Wir haben die Organisation Anfang der 90er-Jahre gegründet, nachdem es eine Serie rassistischer Vorfälle gab“, sagt Pankowski, neben dem mehr als 100 Freiwillige fremdenfeindliche Vorfälle dokumentieren und Opfern rechter Gewalt helfen.

Das sei auch dringend nötig, sagt Pankowski, schließlich werde die rechtsextreme Kriminalität von den Behörden oft nicht registriert. Stattdessen spreche man von Einzeltaten, die Täter bezeichne man schlicht als „Hooligans“. Eine staatliche Erfassung solcher Delikte steckt noch in den Anfängen, wie viele organisierte Rechtsextreme es in Polen gibt, ist unbekannt. Die einzige belastbare Statistik über rechtsextreme Straftaten und Vorfälle stammt von „Nie wieder“. Hunderte Vorfälle kommen pro Jahr zusammen, darunter Dutzende Fälle schwerer Körperverletzung. Eine verhältnismäßig geringe Zahl, verglichen mit den fast 16.000 rechtsextremen Straftaten in Deutschland allein im Jahr 2010. „Ich glaube aber, das ist nur die Spitze des Eisbergs“, sagt Pankowski.

Im Zweiten Weltkrieg starben in Polen sechs Millionen Menschen, die meisten durch den Nazi-Terror. Dass es angesichts dieser Geschichte ausgerechnet hier Rechtsextreme gibt, die Menschen

aufgrund der Hautfarbe, ihres jüdischen Glaubens oder ihrer Homosexualität anfeinden oder gar Adolf Hitler verehren, sei für viele schwer vorstellbar, sagt Pankowski. Auch deshalb spiele das Thema in den Medien kaum eine Rolle.

Dabei beziehen sich radikale Nationalisten wie der Verein „Nationalradikales Lager“ und die Partei „Nationale Wiedergeburt Polens“ meist nicht auf die Hitlerzeit, sondern auf die Tradition extrem nationalistischer und antisemitischer Bewegungen im Polen der 1920er- und 1930er-Jahre. Auch während des Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg betrieb die Regierung gezielt antijüdische Propaganda, die bei manchem bis heute

Sie verteufeln die EU, bedrohen Schwule und Lesben

nachwirkt. Dabei leben im heutigen Polen nur noch 8.000 bis 12.000 Menschen jüdischen Glaubens. Vor dem Krieg waren es etwa dreieinhalb Millionen.

Das hält die Rechtsextremen aber nicht davon ab, gegen sie zu hetzen. Sie wenden sich auch gegen Ausländer, verteufeln die EU, bedrohen Schwule und Lesben, hassen die Demokratie und wollen ein „Polen nur für Polen“. Anders als für deutsche Rechtsextreme ist für viele polnische Nationalisten auch die Kirche wichtig. Das Polen der Zukunft soll nicht nur weiß und judenfrei, sondern auch konservativ-katholisch sein. Wie widersprüchlich das Verhältnis mancher polnischer Rechtsextremer zum Zweiten Weltkrieg und den Nazis ist, zeigt das Beispiel der „Allpolnischen Jugend“, deren gut 3.000 Mitglieder regelmäßig gegen den deutschen Nachbarn hetzen. Dennoch kursieren Videos, in denen Mitglieder der Gruppe vor einem brennenden Hakenkreuz stehen und „Sieg Heil“ rufen.

Auch auf Demos werden gern Parallelen zu den Nazis gezogen,

wenn es darum geht, andere zu verunglimpfen: Schwule werden als „Kranke“ und „Perverse“ bezeichnet und sollen „ins Gas“ geschickt werden. „Sie rufen, dass sie mit uns das machen wollen, was Hitler mit den Juden gemacht hat“, sagt Agnieszka Wiśniewska von der linksliberalen Denkfabrik „Krytyka Polityczna“. Sie hält die Entwicklung der extremen Rechten in Polen für gefährlich. „Die Medien in Polen sehen nicht, dass hinter rassistischen und antisemitischen Taten eine gemeinsame Ideologie steckt.“

Die Medien seien nicht das einzige Problem, wenn es um den Umgang mit den radikalen Nationalisten geht. „Rechtskonservative Publizisten und Abgeordnete der Partei PiS bezeichnen sie öfter als ‚gute Patrioten‘. Wenn es für Rechtsradikale so einfach ist, Teil des Mainstreams zu werden, ist das extrem bedenklich“, sagt Wiśniewska. Jüngstes Beispiel für die bisweilen unscharfe Trennlinie zwischen Rechtspopulisten und Rechtsradikalen sei der Aufmarsch am polnischen Unabhängigkeitstag im vergangenen November gewesen, den radikale Nationalisten organisiert hatten. Judenhetze und andere radikale Slogans waren verboten, offiziell hieß die Demonstration „Unabhängigkeitsmarsch“, um möglichst viele normale Bürger anzuziehen, die für mehr Patriotismus eintreten wollen. An der Demonstration nahmen Nationalisten und Skinheads, aber auch Familien teil. „Der Begriff Patriotismus ist in Polen extrem positiv besetzt“, sagt Wiśniewska. „Hinter der patriotischen Fassade dieser Leute steckt aber eine Vorstellung von einem Land, in dem nur weiße, katholische, heterosexuelle, antidemokratische, antisemitische Menschen leben.“

Die Ereignisse am Unabhängigkeitstag waren auch ein erneuter Beleg für enge Verbindungen der Rechtsextremen zur Hooliganszene. Gemeinsam mit den Nationalisten gingen Hooligans des Erstligacclubs Legia Warschau auf die Straße und



Die sogenannte „Allpolnische Jugend“ protestiert für ein Polen ohne Ausländer und Homosexuelle.

zettelten Straßenschlachten mit der Polizei an. Eine kleine Minderheit der Fans sorgt so dafür, dass Gewalt und Rassismus zum Alltag in vielen Stadien gehören. Ein Marsch von mehreren Hundert „Fans“ in Rzeszów hinter einem Transparent mit der Aufschrift „Hier kommt die arische Horde“ ist nur einer unter mehr als 130 Vorfällen, die „Nie wieder“ allein zwischen September 2009 und März 2011 in und um polnische Stadien herum dokumentierte.

Strafrechtlich verfolgt werden solche Aktionen selten. Meist verurteilt der polnische Verband die Vereine zu geringen Geldstrafen oder einigen Spielen vor leeren Rängen. Auch außerhalb der Stadien sind Polizei und Staatsanwaltschaft nicht dafür bekannt, besonders engagiert gegen Rechtsextreme vorzugehen. Der Zeitung „Gazeta Wyborcza“ zufolge werden in Polen vier von fünf Anzeigen wegen Aufstachelung zum Rassenhass vor Gericht abgeschmettert, oft leiten die Staatsanwälte keine Ermittlungen ein.

Angesichts des Sicherheitsrisikos, das die Hooligans für die

Fußball-EM im Sommer darstellen, hat die polnische Regierung die Gesetze verschärft. Schnellgerichte sollen Straftäter noch im Stadion aburteilen. Es ist geplant, Hooligans mit Stadionverbot elektronische Fußfesseln anzulegen, um sicherzugehen, dass sie nicht in die Nähe der Spielorte gelangen. Auch die Bundesregierung gibt Sicherheitskonzepte weiter, die sie während der WM 2006 angewendet hat.

Das Hooligan-Problem hat auch eine politische Dimension. „Die Rechtsextremen versuchen, unter den Hooligans Mitglieder zu werben“, sagt Rafał Pankowski. „Nie wieder“ kämpft deshalb seit Jahren gegen Antisemitismus und Rassismus in den Stadien und führt in den Monaten vor der EM gemeinsam mit dem europäischen Fußballverband eine Anti-Rassismus-Kampagne durch. Pankowski ist optimistisch, dass man damit die Situation deutlich verbessern kann.

Dass Arbeit gegen Rechtsextremismus wichtig ist, hat auch die Politik erkannt. Das Ministerium für Sport und Tourismus arbeitet seit einiger Zeit mit „Nie wieder“

zusammen, um gegen die Probleme im polnischen Fußball anzugehen. Vertreter der Organisation werden mittlerweile als Experten in den Sejm (das polnische Parlament) eingeladen, und Gründer Marcin Kornak hat kürzlich einen Orden von Präsident Komorowski erhalten.

Die Nazi-Skandale um die Allpolnische Jugend und das martialische Auftreten der Nationalisten haben auch dazu geführt, dass bei Wahlen nur eine winzige Minderheit für die Radikalen stimmt. Im Parlament sitzt keine rechtsextreme Partei, stattdessen ist 2011 die

Zur EM im Sommer gibt es Anti-Rassismus-Kampagnen

linksliberale Ruch Palikota in den Sejm eingezogen. Neue Untersuchungen deuten auch darauf hin, dass die Zustimmung zu antisemitischen Vorurteilen deutlich abgenommen hat, auch wenn sie immer noch hoch ist. Jeder zweite Pole ist der Meinung, dass Juden zu viel Einfluss im Lande haben, in Deutschland denken das „nur“ 20 Prozent. Dass Juden die Kultur des Landes nicht bereichern, glauben laut Umfragen ebenfalls fast 50 Prozent der Polen.

Dass der Rechtsextremismus in Polen kein Phänomen benachteiligter Schichten ist, zeigt die Geschichte von Arkadiusz Karbowski. Vor einigen Jahren kam heraus, dass Karbowski, damals noch Vizebürgermeister von Opole in Schlesien, in den 90er-Jahren für ein antisemitisches Hetzblatt geschrieben hat. Darin stellte er infrage, ob es sich bei den Nazi-Gräueltaten wirklich um Verbrechen handele. Seiner Karriere geschadet hat der Skandal kaum: Vor Kurzem wurde er zum Direktor der Straßenbehörde ernannt. ←

Was veranlasst
einen jungen Men-
schen, in KZ-Gedenk-
stätten zu helfen?
fluter.de/Nazis

Kein Witz

Man glaubt ja gar nicht, wo es überall Nazis gibt. Eine kleine Weltreise

Text: Andreas Pankratz

Russland: Hetze mit Balalaika



Mindestens 27 Millionen sowjetische Soldaten und Zivilisten starben im Krieg gegen Hitlerdeutschland. Unglaublich,

dass sich ausgerechnet in Russland eine große und besonders skrupellose Neonazi-Szene entwickelt hat. Rechtsextreme töteten zwischen 2009 und 2011 mindestens 155 Menschen. Die Gewalt richtet sich vor allem gegen asiatische Gastarbeiter sowie Männer und Frauen aus dem Kaukasus, auch ein Journalist und ein Rechtsanwalt zählen zu den Todesopfern. Eigentlich hat die russische Regierung alle rechtsextremen Vereinigungen verboten, kleinere autonome Gruppen entziehen sich jedoch staatlicher Kontrolle. Einmal im Jahr versammeln sie sich in mehreren Städten bei den „Russischen Märschen“. Zu Balalaika-Klängen singen die Rechtsradikalen antisemitische Lieder und hetzen gegen Muslime – gemeinsam mit Monarchisten und gemäßigten Nationalisten. Soziologen machen vor allem die fehlenden Perspektiven junger Russen und die Armut der breiten Bevölkerung für den Fremdenhass verantwortlich.

Spanien: Populisten schüren Platzangst



Ähnlich aggressiv wie in Russland gehen die Neonazis in Spanien gegen Minderheiten vor. 4.000 Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund soll es jährlich geben, 800 Menschen sind seit 1991 bei den Angriffen ums Leben gekommen. Dabei ist die Wut tief in der Gesellschaft verankert: Laut einer Studie finden 77 Prozent der Spanier, dass zu viele Migranten in ihrem Land leben. „Das Boot ist voll“, skandieren die rund 70 rechtsextremistischen Gruppierungen gegen die Einwanderung aus Nordafrika. Mit Hastiraden gegen Homosexuelle, Roma oder Obdachlose erreichen die Erben des faschistischen Führers Franco (noch bis 1975 Spaniens Staatschef) auch die Jüngeren. Und mehr als die Hälfte der 12- bis 18-jährigen Jugendlichen will nicht neben jüdischen Mitschülern sitzen.

Japan: Der Irrweg des Samurai

Eine lange Tradition haben die extremen Rechten in Japan. Ehemalige Samurai gründeten bereits Ende des 19. Jahrhunderts Verbindungen, um



gegen die ersten Demokratiebestrebungen des Landes anzukämpfen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind es dann vor allem Studenten, die der ultranationalistischen Bewegung neuen Auftrieb geben. Und immer wieder machen die Ultranationalisten gemeinsame Sache mit der Yakuza – der japanischen Mafia. Noch heute steht der Begriff „Uyoku“ (auf Deutsch: rechter Flügel) für etwa 800 Gruppierungen mit ihren 100.000 Aktiven. Sie fordern die Rückkehr zum Kaiserreich und wollen japanische Kriegsverbrechen aus den Geschichtsbüchern tilgen.

USA: Das wird man wohl noch zeigen dürfen

„Den Holocaust hat es nie gegeben“ – in den USA darf man das sagen. Im Gegensatz zu Deutschland darf man sich auch Hakenkreuze ins Fenster hängen und den Koran verbrennen.



Dank des ersten Zusatzartikels der Verfassung genießen amerikanische Nazis Narrenfreiheit. Etwa 1.000 unterschiedliche Organisationen predigen unter dem Deckmantel der freien Meinungsäußerung die vermeintliche Überlegenheit der weißen Rasse und wettern gegen Juden, Afroamerikaner und Mexikaner. Die wohl einflussreichste rechtsradikale Gruppierung ist das National Socialist Movement, das sich die NSDAP zum ideologischen Vorbild genommen hat. Ihm angeschlossen hat sich inzwischen auch der Ku-Klux-Klan, der schon Mitte des 19. Jahrhunderts in den Südstaaten die schwarze Bevölkerung terrorisierte.

Schweden: Man kennt sich

Auch in Schweden können Nazis wegen der liberalen Gesetzeslage ihre Symbole ungeniert zur Schau stellen.



Ein Grund, warum Rechtsradikale in den Norden fahren, um ihre Gedenktage abzuhalten und sich mit Propagandazeug und NS-Devotionalien einzudecken. Zwar besteht Schwedens Neonazi-Szene nur aus rund 600 Personen. Über das rassistische Bündnis Blood & Honour, das in Deutschland seit dem Jahr 2000 verboten ist, reichen die Kontakte aber bis in die USA und nach Australien. Die rechtsextreme Partei Nationaldemokraterna zählt neben vielen nationalistischen Vereinigungen Europas auch die deutsche NPD zu ihren geschätzten Partnern.



Achtung! Sie betreten nun das Welt-Netz!

Nazi-Klingeltöne, rechts-extreme Musik zum Download, Hetztiraden in sozialen Netzwerken und Chatrooms. Neonazi-Propaganda findet sich schnell und überall im Netz, aber auch der Kampf dagegen

Text: Hadija Haruna, Illustration: Jindrich Novotny

→ Simon W., Ende 20, tätowiert, lange braune Haare, er ist Fan von den „Simpsons“ und „Dexter“, hört Black Metal, mag Uno und interessiert sich für germanische Mythologie. In seinem öffentlichen Facebook-Profil zeigt er sich seinen 400 Freunden in einem T-Shirt mit der Aufschrift „Kameradschaft Passau“ in altdeutscher Schrift. Kürzlich hat er mit ihnen eine Umfrage der Seite „Deutsche Opfer, fremde Täter“ geteilt. Simon glaubt, Deutschland sei von Überfremdung bedroht. Damit ist er nicht allein. Er ist einer der knapp 14.350 Fans der Seite „NPD – Die soziale Heimatpartei“.

Simon denkt extrem rechts. Das ist in Deutschland nicht verboten. Darum wurden sein Profil und das der NPD-Seite auch bisher nicht gesperrt. „Neonazis werden immer geschulter darin, sich entlang der Nutzungsordnung und Strafbarkeitsgrenze zu bewegen“, sagt Anne Groß von no-nazi.net. Das Projekt richtet sich an Nutzer zwischen 13 und 18 Jahren, die sich in sozialen Netzwerken gegen rechtsextremen Einfluss engagieren wollen. So postete die NPD auf ihrer Facebook-Seite im Februar den Aufruf, die eigenen Freundeslisten komplett unsichtbar zu machen, um sich „vor linken ‚Profilspionen‘ zu schützen, die Euch bei Facebook anschwärzen und so zu Profillöschungen beitragen“.

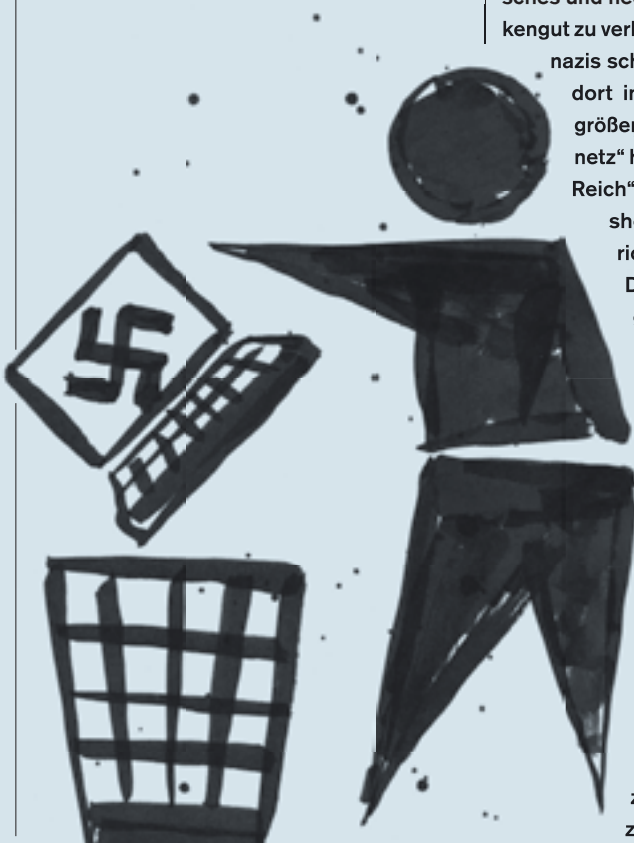
Den idealen Nährboden, um ihr rassistisches und neonazistisch motiviertes Gedankengut zu verbreiten, bietet das Internet Neonazis schon lange. Sie wissen, dass sie dort im Gegensatz zur Straße eine größere Reichweite erzielen. Im „Welt-Netz“ hoffen sie auf ein neues „Drittes Reich“, sie stellen Websites, Online-shops und vermeintliche Nachrichtendienste hinein, planen Demos und Gewalttaten, hetzen gegen ihre Gegner und rekrutieren Neulinge. Denn im Gegensatz zu Mitgliedern der Ska-ter-, Hip-Hop- oder anderer Jugendszenen sind Neonazis auf gezielter Nachwuchssuche. Zwar hat dabei die Zahl ihrer, zugänglichen Webseiten abgenommen, doch haben Neonazis ihre Aktivitäten gezielt in soziale Netzwerke verlagert. Laut dem aktuellen Jahresbericht von jugendschutz.net haben sich 2010 die rechtsextremen Beiträge in sozialen Netzwerken im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht.

Unverdächtige Codes und Comics statt Nazi-Logos. Populistische Propaganda statt Hetztiraden: In ihrer Ansprache setzen Neonazis auf angesagte Optik und kurze Texte. Verkauft wird ein Image bestehend aus Events, Lifestyle und Multimedia. Die Strategie: erst menschneln, dann einnehmen. „Es hat sich gezeigt, dass subtiler Propaganda eher zugestimmt wird als offen geäußerten neonazistischen Überzeugungen“, sagt Stefan Glaser, Leiter des Referats Rechtsextremismus von jugendschutz.net. Um Neulinge zu ködern, setzten Neonazis auf aktuelle, sozial und emotional aufgeladene Themen, die nicht direkt mit rechtsextremem Gedankengut in Verbindung gebracht werden. Themen wie Arbeitslosigkeit, die Euro-Krise oder Kindesmissbrauch. Weil die Nachrichten voll von Schreckensmeldungen sind und vielen das Verständnis für die wirklichen Zusammenhänge fehlt, ist das Bedürfnis nach Antworten groß. „Wer hier einfache Lösungsansätze anbietet, hat gute Chancen, auf Zuspruch zu stoßen“, sagt Martin Ziegenhagen von der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus. So ist es eine neue Technik der Rechtsextremen, in sozialen Netzwerken se-

Auf Facebook wurde „keine Gnade für Kinderschänder“ gefordert

riös wirkende Seiten mit „Gefällt mir“-Funktion anzulegen und ihren rechtsextremen Ursprung zu verbergen. Die Zustimmung bringt den Rechtsextremen ihren Zulauf. „Engere Verbindungen werden später über persönliche Kontakte auf Konzerten oder Partys geknüpft.“

„Keine Gnade für Kinderschänder“ hieß die wohl erfolgreichste Online-Rechtsaußen-Kampagne des letzten Jahres. Zuletzt hatte die auf den ersten Blick harmlos wirkende Facebook-Gruppe mehrere Zehntausend Fans. Doch zeigt ein Blick in die Mitgliederliste, welcher Geist sich in der Gruppe wirklich zusammenfindet: ein undifferenziert rassistischer. „Irgendwann wurde in der Gruppe behauptet, dass es sich vermehrt um Täter mit Migrationshintergrund und ‚rein‘ deutsche Kinder handele, die missbraucht worden seien. Außerdem wurden Lieder von rechtsextremen Musikern zum Thema Missbrauch und Leseempfehlungen von NPD-Texten gepostet. Kritische Stimmen wurden gelöscht“, sagt Groß von no-nazi.net. Im November letzten



Jahres wurde die Anti-Kinderschänder-Seite von Facebook gesperrt. Doch hat die Nachfolgesite „Deutschland gegen Kindesmissbrauch“ erneut über 9.500 Fans. Eine Jeanette L. schreibt: „Eine Partei, die was tut!! Andere schauen nur weg!“

Die Online-Strategien der Rechtsextremen sind unterschiedlich und hängen vom Thema ab. In der Rolle des Tabubrechers, der „ja wohl noch etwas sagen darf“, kommentieren sich täglich Hunderte Besucher durch die Artikel des islamfeindlichen Blogs „Politically Incorrect“ (PI). Das Portal beschreibt sich selbst als proamerikanisch und -israelisch. „Die Nutzer von PI sind ein Zusammenschluss Politikverdrossener, die sich als Repräsentanten der schweigenden Mehrheit verstehen, die in der Öffentlichkeit nicht zu Wort kommt, weil die Eliten sich angeblich mit den Minderheiten verschworen haben und die etablierten Medien diese Realität absichtlich verzerren“, sagt Yasemin Shooman. Sie promoviert am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin zum Thema Islamfeindlichkeit. Wenn PI-Nutzern beispielsweise der Artikel einer Zeitung nicht passt, verlinken sie ihn und bombardieren das Kommentarfeld, um das Meinungsbild ins radikal Rechte zu verzerren. Dabei verstünden sie es, bestimmte Themen und Kampfbegriffe – zum Beispiel den der

„Deutschenfeindlichkeit“ – in den Mainstream zu überführen und dabei aus der bürgerlichen Mitte heraus zu argumentieren, aus der die meisten von ihnen vermutlich stammen, sagt Shooman. „PI ist ein Beispiel dafür, wie der Rechtspopulismus als Scharnierstelle zwischen dem demokratischen Spektrum und der extremen Rechten dient, die die islamfeindlichen Ressentiments in der Gesellschaft für sich nutzt.“

Mehr als 1.700 rechtsextreme Websites gab es laut jugendschutz.net im Jahr 2010. Einige von ihnen wurden mehrfach von Gegnern „gehackt“ und ihre Inhalte offengelegt. So rief beispielsweise das Hackerkollektiv Anonymous nach Bekanntwerden der Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds zur „Operation Blitzkrieg“ auf. Auf dem Portal nazi-leaks.net wurden Namen und Adressen von vermeintlichen Unterstützern von Neona-

Im Web kursieren Hasslisten mit Namen von Nazis und Nazi-Gegnern

zis veröffentlicht und immer wieder rechtsextreme Portale lahmgelegt – zuletzt zum Jahreswechsel. Im Netz herrscht eine Art Kampf der politischen Spektren. Denn die rechtsextreme Szene arbeitet schon länger mit derartigen Strategien, um Druck auf ihre vermeintlichen Gegner auszuüben. Seit Jahren werden Politiker, Jugendliche in Vereinen, Journalisten und linke Aktivisten auf Internetpranger-Seiten von unbekannten Rechten gelistet. Auf einer Seite des „Nationalen Widerstands Berlin“ zum Beispiel werden Hasslisten mit Fotos und privaten Informationen über Personen aufgeführt und zu „Stadtrundgängen“ durch den Multikultibezirk Neukölln eingeladen. Ähnliche Informationen präsentiert auch die Webseite „Nürnberg 2.0“. Doch kann man die Seiten nicht sperren, weil sie von einem Server im Ausland gespeist werden. Die Szene hat eigene Dienste, sogenannte Neonazi-Hoster, die Gesinnungsgenossen Speicherplatz im Ausland anbieten.

In Deutschland können Internetprovider Webseiten mit fragwürdigen Inhalten sperren, wenn sie darüber informiert werden. Auch Web-2.0-Betreiber können reagieren. Die Autoren Astrid Geisler und Christoph Schultheis kritisieren jedoch deren Nachlässigkeit. In einem Buch über Neonazis schreiben sie, dass sich die Betreiber dabei nicht mit mora-



lischen, sondern vor allem mit juristischen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen und viele von ihnen „vor allem auf die ‚Aufklärung der Nutzer‘ setzen“. Denn auch die können auf rechtsextreme Inhalte reagieren und Beiträge melden – sowohl bei den Betreibern als auch beispielsweise bei jugendschutz.net.

Wer verliert am Ende in der Masse an Meldungen schneller den Atem? „Jeder Nutzer sollte sich immer die Frage stellen, wo Toleranz endet und Zivilcourage gefragt ist. Aber nichts ist schlimmer, als nichts zu tun“, sagt Online-Berater Ziegenhagen. Denn Nazis wollten nicht diskutieren – sie wollten ihre Meinung durchsetzen. Deshalb sei es wichtig, sich zu positionieren und rassistische Hetzer in Diskussionen auszubremsen, dabei aber selbst nicht beleidigend zu werden, sondern ruhig und sachlich zu bleiben, sagt Anne Groß von no-nazi.net. Nachfragen, wie ein Kommentar gemeint ist, Verallgemeinerungen ansprechen und sich nicht auf Gespräche über „gute“ und „schlechte“ Migranten einlassen: Wichtig ist es, die Opfer zu schützen. Wie im realen Leben hilft es, sich dabei Verbündete zu suchen. „Denn wenn Nazis nerven, ist es gut, wenn sich mehrere gegen sie aussprechen“, sagt Groß. Und wer mehr über das Thema Rechtsextremismus weiß, sollte dieses Wissen auch weitergeben. ←

Apropos Netz: Das bpb-Dossier zum Thema

Falls Euch dieser fluter nicht reicht oder ihr ein Referat in der Schule plant, findet ihr im Internet unter www.bpb.de/rechtsextremismus ein umfangreiches Dossier zum Rechtsextremismus. Das Dossier enthält z. B. Artikel über den Rechtsterrorismus im Verborgenen oder Initiativen gegen Neonazis. Auch Statistiken und Infografiken könnt ihr dort einsehen.

Es gibt sogar eine Website, die für die Einhaltung des Jugendschutzes im Internet sorgt: jugendschutz.net

My big fat Edding

Sie verfremdet Hakenkreuze, knibbelt rechte Aufkleber ab oder wischt die Parolen einfach weg. Seit 26 Jahren beseitigt Irmela Mensah-Schramm Nazi-Schmierereien

Text: Antje Hildebrandt

→ Es waren nur vier Worte, die jemand 2008 ins Gästebuch zu ihrer Fotoausstellung in der evangelischen St.-Michael-Kirche in Jena gekritzelt hatte. Doch sie zeigten ihr, dass ihre Fotos einen wunden Punkt berührt hatten. „Schramm, wir kriegen Dich.“

Irmela Mensah-Schramm, 66, fiel diese Drohung wieder ein, als die Polizei im November 2011 die „Zwickauer Terrorzelle“ aushob, die gute Kontakte zur Szene in Jena hatte, wo man Irmela Mensah-Schramm einst bedroht hatte.

Seit 26 Jahren reist Mensah-Schramm mit Spachtel und Farbspray durch die Republik, um Nazi-Parolen zu verfremden oder zu entfernen. Jede Parole, die sie verschwinden ließ, hat sie säuberlich dokumentiert. Im Wohnzimmer ihrer Dachgeschosswohnung am Berliner Wannsee packt sie die Leitz-Ordner auf den Tisch. Es sind jetzt 54 Akten, in denen sich die Fotos der Hetzparolen zu einem deprimierenden Bild des Landes vereinen. „Neger moag i – in Afrika“, steht auf einem Sticker. Oder auch: „Ein Baum, ein Strick, ein Juden-ge nick“.

363-mal hat sie ihre Fotos schon ausgestellt, oft in Schulen und Rathäusern. „Hass vernichtet“, lautet der Titel ihrer Ausstellung. Es ist ihr Weg, vor der rechtsextremen Gefahr zu warnen. Gelegentlich, sagt sie, komme sie dabei auch mit den Urhebern der Schmierereien ins Gespräch. „Neulich hat mir ein Aussteiger aus der rechtsextremen Szene gesagt, wenn er mich früher kennengelernt hätte, wäre ihm der Absprung leichter gefallen.“ Solche Begegnungen motivieren sie mehr als jede Auszeichnung, wovon sie schon



Frau Mensah-Schramm, bitte kommen: Da hat sich schon wieder einer auf der Symbolebene ausgetobt.

einige bekommen und einige auch wieder zurückgegeben hat, darunter die Bundesverdienstmedaille. „Was nützen mir Orden“, sagt sie, „wenn der Staat meine Ausstellung nicht finanziell fördert?“

Ihr Kampf gegen Rechtsextremismus mit Reinigungsmitteln, Filzstiften und Teppichmesser ist längst zu ihrem Lebensinhalt geworden. Er hat die früh verrentete Heilpädagogin schon gestärkt, als sie sich Mitte der 90er-Jahre einer Krebsoperation unterziehen musste. Und er verschafft ihr Anerkennung: Inzwischen ist sie selbst von ausländischen Medien entdeckt worden. So widmete ihr die italienische Zeitung „La Repubblica“ im Januar 2011 einen langen Artikel.

2005 wäre sie um ein Haar von einem Motorradfahrer angefahren worden. Sie sagt, er sei auf sie zugerast, als sie einen NPD-Aufkleber von einem Laternenpfahl abreißen wollte.

Doch nicht nur mit Neonazis gerät sie aneinander. Als sie in der S-Bahn ein „Sieg Heil!“ mit einem Edding unkenntlich machen wollte, wurde sie von einem Kontrolleur wegen Sachbeschädigung angezeigt. Es war nicht die erste Anzeige, aber alle blieben folgenlos. Warum, hat ihr ein Polizist einmal so erklärt: „Beschädigte Sachen kann man nicht beschädigen.“

Von Skins bedroht, von Anwohnern beschimpft, von der Polizei nicht ernst genommen: Man braucht ein starkes Ego, um gegen den Strom zu schwimmen. Irmela Mensah-Schramm sagt: „Wenn ich es nicht tue, wer tut es dann?“

Damals, Ende der 70er-Jahre, war sie in der Friedens- und Umweltbewegung aktiv. Sie sagt, rechtsextreme Aufkleber abzuknibbeln sei befriedigender, als sich in eine Lichterkette gegen Ausländerfeindlichkeit einzureihen. „Man fühlt sich hinterher einfach besser.“ ←

So schon mal gar nicht

Sie stecken Häuser an und prügeln drauflos. Doch mit jeder Aktion der Nazis wächst bei den Bürgern die Gewissheit, dass Wegrennen keine Option ist: Wie man in Anklam und Zossen Haltung bewahrt

Text: Arno Frank, Illustrationen: Human Empire

→ Pubertät, schwierige Zeit. Hormonschübe, Selbstzweifel, Orientierungslosigkeit, Minderwertigkeitsgefühl. 16 Jahre alt war der Junge, der in der Nacht auf den 23. Januar 2010 durch ein schmales Fenster ins „Haus der Demokratie“ einstieg. Dazugehören wollte er und anerkannt werden von den falschen Freunden. In zwei Räumen der Baracke aus Zeiten der DDR verschüttete er aus einer Plastikflasche ein wenig Benzin, das er im Schuppen seines Vaters abgezapft hatte, und zündete es hastig mit einem Feuerzeug an, bevor er durch dasselbe Fenster türmte, durch das er eingestiegen war. Was dann passierte, liest sich im Urteil des Amtsgerichts Zossen ganz sachlich: „Das Feuer griff sehr schnell auf das gesamte Gebäude über, welches danach vollständig abbrannte.“

Als die Feuerwehr anrückte, traf sie vor dem Haus auf eine Gruppe angetrunkener Neonazis, die sich gegenseitig vor den Flammen fotografierten. Der jugendliche Brandstifter wurde nach wenigen Wochen gefasst – und wegen seiner Jugend und mangelnden Reife freigesprochen. Der ältere Rechtsextremist, der ihn zur Tat angestiftet hatte, lief noch monatelang frei herum, bevor er zu einer Haft von drei Jahren und acht Monaten verurteilt wurde.

Zuvor störte er mit seinen Kumpanen nicht nur eine Veranstaltung im Gedenken an die ermordeten Juden der Stadt mit „Lüge! Lüge!“-Rufen. Auf nächtlichen Streifzügen illustrierte er so gut wie jede bekritzeltbare Fläche in Zossen mit einem Edding mit Hakenkreuzen. Auf einen Altkleidercontainer schrieb er: „Zossen zeigt Arschgesicht“, das Doppel-s natürlich ganz nach Art der SS.

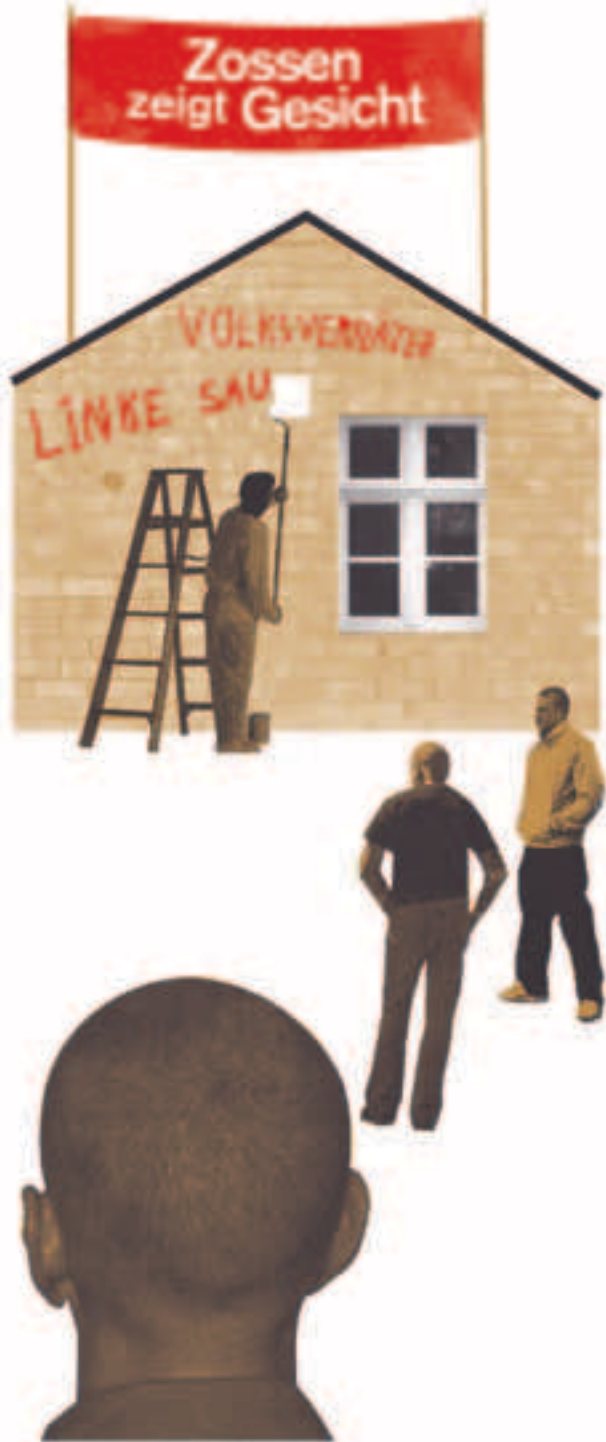
Das war direkt auf Jörg Wanke gemünzt: Der 45-Jährige hat die Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ gegründet, hat das „Haus der Demokratie“ aufgebaut – und ist alles andere als ein Arschgesicht. Wenn man vom Marktplatz an der Kirche rechts abbiegt, kann man ihn durch das Fenster seines Büros schon aus der Ferne sehen. Auf der Hauswand standen bereits Drohungen wie „Linke Sau“, „Volksverräter“ oder „Jörg Wanke wird bald sterben“. Als Mitglieder der Initiative die braune Farbe mit weißer



Farbe übertünchten, standen auf der Straßenseite gegenüber bierdosenschwenkend die feixenden Täter. Mut braucht es nicht, im Schutz der Dunkelheit solche Parolen zu schmieren. Mut braucht es, trotzdem auf dem Präsentierteller sitzen zu bleiben.

Wanke versteckt sich nicht, er zeigt sich wirklich. Spätestens als Rechtsextreme 2008 im Ortskern von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen. Ihr Anliegen: die Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“ vor den ehemaligen Wohnungen ermordeter Juden verhindern. Der Betreiber eines Internetcafés, aus Berlin zugezogen, bezeichnet das Vorhaben, vor seinem Schaufenster zwei Stolpersteine einzulassen, als „Psychoterror“, wird handgreiflich. Nachdem die Stolpersteine unter Polizeischutz verlegt waren, bedeckt er sie mit einem Bierkasten. Der Bierkasten wird berühmt, der Laden mausert sich zur Anlaufstelle für Rechtsextreme. Das Fernsehen kommt, guckt und staunt. Plötzlich besteht gegen den Cafébetreiber der Verdacht des Kindesmissbrauchs, es folgen Schlaftabletten, Märtyrertod. Wenn die Rechtsextremen wieder dran sind, werden sie vielleicht eine Straße nach ihm benennen.

Wanke handelte. In einem Horrorfilm wäre er derjenige, der für den Kampf gegen die Zombies eine Truppe aus Gleichgesinnten zusammentrommelt. Sie alle eint ein Stolz, ein Bürgersinn und vor allem eine Heimatliebe, die grimmiger und entschiedener ist als die ihrer politischen Gegner. Die können nur nisten, wo



das Gemeinwesen fault. Und deshalb gab es im „Haus der Demokratie“ einen Proberaum für Schülerbands, eine informelle Jobbörse und Ausstellungen zur Geschichte von Zossen.

Gelernt hat Wanke das nicht, für Politik hat er sich „eigentlich nie“ interessiert. Hauptberuflich makelt er Versicherungen. Klar habe er gewusst, wie's aussieht im Landkreis mit den „Kameradschaften“, den „Freien Kräften“ und anderen Erscheinungsformen des Problems. Gekümmert hat ihn das kaum. Immerhin bekommt die NPD in Zossen keinen Fuß in die Rathaustrür, also sei's drum. Dabei regiert hier nicht einmal die Linke oder die SPD, sondern – wie in vielen Kommunen im Osten – eine „freie“ Bürgermeisterin, die Kandidatin aus dem Lager kleiner und mittelständischer Unternehmer. Der geht es darum, Zossen aus den Schlagzeilen herauszuhalten und – etwa durch eine Senkung der Gewerbesteuer auf das erlaubte Minimum – Investoren zu locken. Sie ist eine Art Geschäftsführerin des Gemeinwesens.

Zossen liegt 20 Kilometer südlich der Stadtgrenze von Berlin. Gerade jenseits des sogenannten Speckgürtels in Reichweite der S-Bahn, wo metropolenmüde Familien sich gerne niederlassen. Wer von der Autobahn kommt, der muss ein ganzes Weilchen durch die brandenburgische Ödnis zockeln. Damit Jugendliche bei der Heimfahrt von der Disko nicht mehr so oft gegen die Bäume fahren, säumen Leitplanken die Alleen. In den Mulden auf den Stoppelfeldern stehen gefrorene Pfützen, auf denen junge Familien Schlittschuh laufen. Idyll oder toter Winkel? Vielleicht beides, ein idyllischer toter Winkel. Knapp 17.000 Menschen leben hier. Die Infrastruktur ist ein Trauerspiel, sogar die Internetanbindung ein Witz. Aber hübsch ist es hier. Ein Ortskern wie aus einer betulichen Vorabendserie, wo die Welt noch heil ist. Bäcker, Rathaus, Apotheke, Buchladen und die Redaktionsräume des Lokalblatts stehen einträchtig beieinander.

Neuerdings gibt es dort auch die „World of Döner“, betrieben von dem aus Berlin zugezogenen Türken Erol Cacan. Seit das „Haus der Demokratie“ abgebrannt ist, trifft sich „Zossen zeigt Gesicht“ in seinem Lokal. Er sagt, in 20 Jahren habe er in der Hauptstadt nicht so viele Anfeindungen erlebt wie in zwölf Monaten in Zossen. Cacan schüttelt entschlossen den Kopf. Er ist jetzt hier zu Hause, und er wird bleiben. Es gibt genug kräftige Charaktere hier, die Zossen an seinem eigenen Schopf vom Abgrund wegziehen können.

In Orten, in denen nur noch die Sonnen- oder Tattoostudios blühen, wird es ungemütlich

Anders und wesentlich düsterer sieht es in Anklam aus, oben in Mecklenburg-Vorpommern. Das „Tor zur Sonneninsel Usedom“ ist noch entlegener, noch kleiner als Zossen. Brachen, auf denen wie Zahnstummel eingestürztes Mauerwerk verrottet. Plattenbauten mit auch schon wieder abblättrender Nachwendeschminke säumen die Einfallstraßen. Wie beleuchtete Aquarien stehen da ein Autohaus, eine Tankstelle. Eine quadratische Zuckerfabrik im Dunst auf der grünen Wiese. Und die üblichen großspurigen Großmarktklötze, die wie überall als kommerzielle Todessterne ihren gewaltigen Schatten auf das Zentrum einer Gemeinde werfen.

Dort blühen dann nur noch Sonnen-, Nagel- oder Tattoostudios. Und besonders unheimliche Nachtschattengewächse wie das New Dawn, ein Geschäft für Nazi-Bedarf. Hier gibt es T-Shirts mit martialischem „Vorpommern“-Aufdruck, rechtsextreme Presse und Tonträger von Gruppen wie Nordsturm, Tönstörung, Kahlschlag, Skrewdriver oder Spreegeschwader. Anklam zeigt Antlitz, sozusagen. Drinnen geht es genauso zu wie in jeder anderen Provinzboutique auch. Der Kunde muss sich gedulden, bis die Verkäuferin fertig telefoniert hat, wird dann aber routiniert beraten. Alles wirkt so banal und alltäglich, als besuche man ein paralleles Universum, in dem sich das singuläre Grauen des „Dritten Reichs“ nie ereignet hat.

Dabei sind auch dem New Dawn schon die Scheiben eingeworfen worden, von Antifaschisten. Hier tobt der gleiche Kampf

wie in Zossen, nur unter umgekehrten Vorzeichen. Anklam gilt den Rechten als „nationaler Leuchtturm“. Der Konfliktforscher Dierk Borstel hat hier für sein verdienstvolles Buch „Braun gehört zu bunt dazu!“ recherchiert und sich deshalb eine Zweitwohnung im Ort genommen. Die Begründung liest sich, als wage sich da ein Völkerkundler in den Dschungel von Borneo: „Ich verspreche mir davon eine deutlichere Nähe zur Alltagskultur und Kontakte, die ich als Reisender sonst nicht bekommen hätte.“

Auch in Anklam sind die demokratischen Parteien mehrheitlich zu komischen Klüngelklubs verkümmert, die Arbeitslosenquote dümpelt auf bedenklichem Niveau. Die NPD kommt mancherorts auf satte 30 Prozent. „Die kümmern sich eben um die Leute, und den Leuten gefällt das“, sagt Annett Freier. Zusammen mit ihrer Kollegin Tina Rath betreibt sie den Demokratieladen in Anklam, der zugleich Sitz des Vereins Demokratisches Ostvorpommern ist.

Die beiden Frauen und ihre Mitstreiter wollen die Demokratie, die hier längst auf den Kampfhund gekommen ist, wieder „erlebbar“ machen. Sie organisieren Jugendbürgerversammlungen, Freiluftkonzerte und Vernissagen. Plant die NPD ein Kinderfest, steuern Freier und Rath mit einer eigenen Veranstaltung dagegen. Das Zauberwort heißt „Vernetzung“, damit greifen sie die Nazis auf deren eigenem Terrain an. Das geschieht, anders als in Zossen, mit Bundesgeldern – ist aber dennoch alles andere als leicht in einer Stadt, deren parteiloser Bürgermeister den Bürgern allen Ernstes rät, bei NPD-Demonstrationen zu Hause zu bleiben und die Fenster zu schließen. „Es ist nicht damit getan, für ein Konzert gegen Rechtsextreme tolle Bands nach Anklam einzuladen, die hier ihr Statement ablassen und danach wieder wegfahren“, erklärt Annett Freier ihren Ansatz: „Es geht darum, jungen Bands aus der Gegend eine Auftrittsmöglichkeit zu verschaffen – und so den Leuten das Gefühl zu geben, dass sie selbst etwas auf die Beine gestellt haben. Das kann nicht von außen kommen.“

Klar wird auch mal ein Joachim Gauck eingeladen oder die Akademie der Künste aus Berlin, aber die eigentliche Arbeit setzt



vor Ort an – in den trostlosen Weilern rund um die Stadt. In Wietstock oder Tollensetal etwa haben Freier und Rath eine kommunale Zeitung aus der Taufe gehoben, sie veranstalten Graffiti-Projekte oder Informationsveranstaltungen zum Thema: Kommunalpolitik, was ist das eigentlich? Gerade Jugendlichen soll gezeigt werden, dass die Welt größer ist als Vorpommern, dass auch Polen nette Menschen sind und die Welt noch anderes zu bieten hat als Hass mit SS, Aufmärsche und Benzin in Plastikflaschen.

„Wenn die Leute älter werden, Arbeit haben und eine Familie gründen“, sagt Freier, „wächst sich das meistens aus, dann ist es mit dem Extremismus vorbei.“ Die Teilnahmslosigkeit allerdings bleibt. Hier ein Bewusstsein für bürgerliches Gemeinwohl zu schaffen, das hält Freier für einen „langen Prozess“. Man könnte es auch eine Sisyphearbeit nennen, die nur mit viel Idealismus und Vertrauen auf die Vernunft in Angriff zu nehmen ist. Schön, dass es Menschen gibt, die sich das antun. ←

Hintergründiges zur Migration - von Sheila Mysorekar (Teil 2):

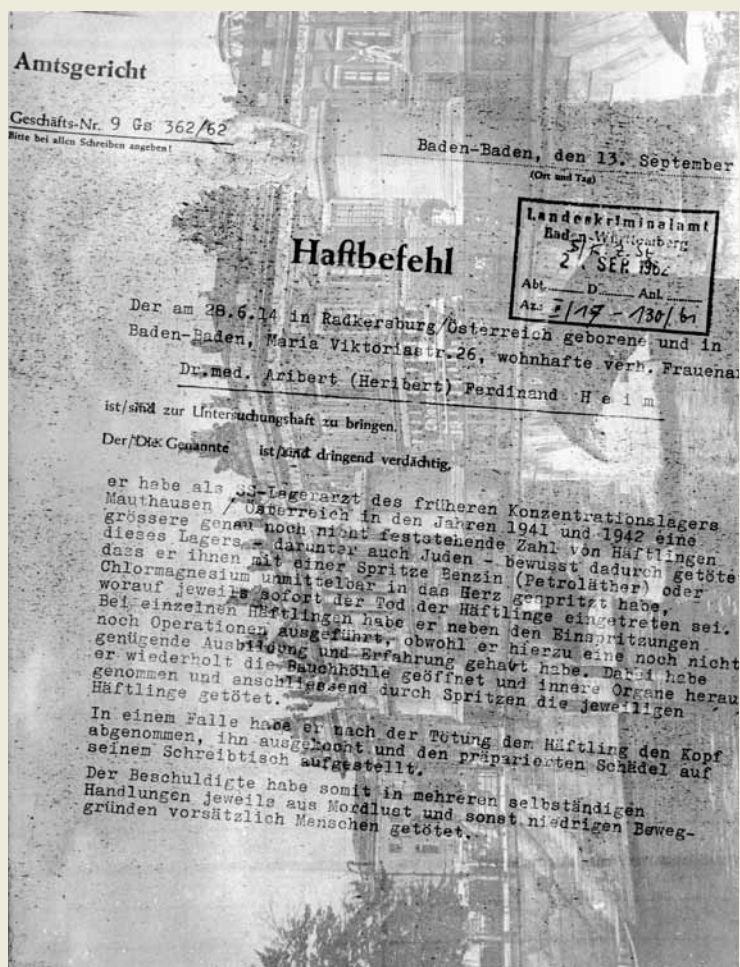
Herings-Morde

Wer Morde an türkischstämmigen Menschen als „Döner-Morde“ bezeichnet, nimmt den Kontext nicht ernst, in dem die Taten begangen wurden, sondern fügt sie in die eigenen Vorurteile ein. Wäre eine Mordserie an Norwegern wohl als „Herings-Morde“ bezeichnet worden? Ob erschossenen norwegischen Kleinunternehmern wohl auch unterstellt worden wäre, dass sie in Schutzgelderpressungen verwickelt gewesen seien, also quasi selbst schuld waren an ihrer Ermordung? Hätte man schneller bemerkt, dass es ein Serienmörder auf blonde Norweger abgesehen hat? Sprache ist verräterisch. Politiker rufen auf zum Kampf gegen „Fremdenfeindlichkeit“, aber sind Menschen, die seit Jahrzehnten oder seit Generationen in Deutschland leben, die hier geboren wurden und hier aufwuchsen, denn Fremde? Von „Ausländerfeindlichkeit“ ist die Rede, obwohl die Betroffenen die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Respekt fängt bei der Sprache an.

Der Jäger

Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit: Die letzten Kriegsverbrecher sterben, ohne wegen ihrer Untaten je einen Gerichtssaal von innen gesehen zu haben. Efraim Zuroff macht trotzdem weiter: Keiner der Täter solle seinen Lebensabend genießen. Er sei es den Opfern des Holocaust schuldig

Text: Fredy Gareis



Haftbefehl gegen Aribert Heim, der im KZ grausame Experimente mit Häftlingen machte (oben). Rechts: Efraim Zuroff in seinem Büro

→ Das Hauptquartier des Nazi-Jägers ist eine unscheinbare Vier-Raum-Wohnung im Jerusalemer Stadtteil Talbich. Ordner an Ordner mit Informationen über Kriegsverbrecher drängen sich in den Regalen. Im Archiv, in der Kaffeeküche, hinter der Tür im Badezimmer. Es ist ein bescheidenes Büro für eine Tätigkeit von solcher Tragweite: Efraim Zuroff, 64, versucht von hier aus die letzten Nazi-Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkriegs vor Gericht zu bringen.

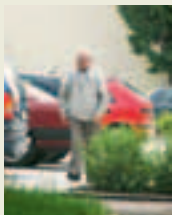
Seit über 30 Jahren durchforstet Zuroff Archive, interviewt Augenzeugen und legt Dossiers an. Aber in den letzten Jahren kämpft er nicht mehr nur gegen unwillige Regierungen, sondern auch gegen die Zeit. Täter wie Opfer sterben.

Im Jahr 2002 startete das Simon-Wiesenthal-Zentrum deswegen die „Operation Last Chance“: „Gesucht werden NS-Verbrecher, die bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen worden sind. Mörder laufen frei herum und genießen ihren Lebensabend.“ Für Hinweise, die zur Verurteilung und Bestrafung führen, setzte das Zentrum 10.000 US-Dollar Belohnung aus. Im Dezember letzten Jahres startete das Projekt „Operation Last Chance II“, das speziell auf Personen abzielt, die in den Konzentrationslagern und Einsatzgruppen „gedient“ haben. Hier werden Informationen, die zur Verurteilung und Bestrafung dieser Verbrecher führen, mit bis zu 25.000 US-Dollar belohnt.

Zuroff lehnt sich weit zurück in seinem Bürostuhl. Neben dem Tisch liegt ein Stapel ausgedruckter Artikel über seine Arbeit; hinter ihm hängt gerahmt der Titel der „New York Post“ vom Tag der Kapitulation der Deutschen: „Nazis Quit!“ Nazis geben auf.

Der Nazi-Jäger trägt ein blau-weißes Hemd, Kippa und eine randlose Brille. Sein Englisch ist schönster Brooklyn-Singsang. Dort wächst er in den 50er- und 60er-Jahren auf. Zu Hause ist der Holocaust kein Thema: Die Gedanken sind auf die Zukunft gerichtet. Doch als er zwölf Jahre alt ist, fasst der israelische Geheimdienst Mossad Adolf Eichmann,





Die Nr. 5

Klaas Faber

„Er ist einer der bösesten Menschen, die noch leben“, sagt Efraim Zuroff über den 90-jährigen Klaas Faber, der auf der Liste der meistgesuchten NS-Verbrecher auf Platz fünf steht. Der in den Niederlanden geborene SS-Mann wurde wegen der Ermordung von 22 Gefangenen 1947 in den Niederlanden zum Tode verurteilt. Die Strafe wurde wenig später in lebenslange Haft umgewandelt. 1952 flog er aus der Haft nach Deutschland, das sich weigerte, Klaas an die Niederlande auszuliefern, da er mit dem Eintritt in die SS deutscher Staatsbürger geworden sei. Verschiedene Verfahren gegen ihn wurden wegen Mangels an Beweisen eingestellt, so dass Faber über Jahrzehnte unbehelligt in Bayern lebte. Erst im Januar 2012 beantragte die Ingolstädter Staatsanwaltschaft, dass Klaas' Haftstrafe in Deutschland vollzogen wird.

der für die fabrikmäßige Ermordung von sechs Millionen Menschen verantwortlich war. In Jerusalem kommt Eichmann vor Gericht, der Prozess wird im TV übertragen. Zuroffs Mutter ruft ihren Sohn vor den Fernseher. „Das musst du sehen“, sagt sie.

Es ist ein erster Einblick in den Horror der Geschichte. Später studiert Zuroff in Jerusalem. Er beschäftigt sich eingehend mit dem Holocaust und schreibt darüber seine Doktorarbeit. Als die Amerikaner in den 70er-Jahren beginnen, eingewanderte Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, arbeitet Zuroff als Mann in Israel für das „Office of Special Investigations“. Er recherchiert in den Archiven von Yad Vashem, der nationalen Gedenkstätte – und ist enttäuscht. Es gibt zu wenig konkrete Hinweise auf die Täter.

Oft wird ihm gesagt: Lass die alten Männer in Ruhe

Ein Kollege macht ihn schließlich auf den ITS aufmerksam, den Internationalen Suchdienst. Die Zentrale befindet sich zwar in Bad Arolsen, doch Yad Vashem ist im Besitz von Kopien auf Mikrofilm. „Es war das Beste, was mir passieren konnte“, sagt Zuroff und klatscht in die Hände. „16 Millionen Karteikarten; da waren einfach alle aufgelistet, sogar samt Ausreiseziel.“ Eine Goldmine, sagt Zuroff, die seine Arbeit erst möglich gemacht habe.

Seit das Zentrum die „Operation Last Chance“ gestartet hat, haben fast 4.000 Leute mit Informationen bei Zuroff angerufen. Doch aus dem ganzen Wust seien gerade mal sechs ernsthafte Fälle hervorgegangen. Und selbst wenn die Täter identifiziert sind, selbst wenn die Beweislage eindeutig ist – eine Garantie für einen Prozess oder eine Verurteilung gibt es nicht.

Oft fehlt einfach der politische Wille. Zuroff erklärt es gerne so: „Um einen Serienmörder zu fassen, werden alle Ressourcen genutzt. Weil er jederzeit wieder zuschlagen kann. Aber wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein 90-jähriger Kriegsverbrecher einen Mord begeht? Also sitzen manche Regierungen die ganze Problematik einfach aus.“

In solchen Momenten nimmt der Nazi-Jäger das Heft selbst in die Hand, taucht mit Fernsehteams vor den Häusern von Kriegsverbrechern auf, gibt Pressekonferenzen. Politiker versucht er zu neuen Gesetzen zu bewegen.

„Ich muss mir sehr oft anhören, dass ich es einfach sein lassen soll. Die Täter sind zu alt, bla, bla. Aber was damals in England vor sich ging, war einfach unglaublich. Solch ein Mist!“

Zuroff erzählt von der Debatte im House of Lords und wie das Gesetz zweimal abgelehnt wurde. Zuroff senkt die Stimme und versucht einen der

Gegner zu imitieren: „Das ist jüdische Gerechtigkeit, aber wir sind ein christliches Land.“

Alte Säcke seien das gewesen, schimpft Zuroff. Kritik kommt allerdings auch aus anderen Ecken. Micha Brumlik zum Beispiel, der ehemalige Leiter des Fritz-Bauer-Instituts zur Erforschung des Holocaust, nannte das Aussetzen einer Belohnung für Hinweise „denunziatorisch und moralisch unsauber“.

Ein Fall, der illustriert, wie nah Erfolg und Misserfolg beieinanderliegen, ist der des ungarischen Offiziers Sándor Képíró. 1942 ist Képíró an einem Massaker an Juden, Serben und Roma beteiligt. Képíró wird verurteilt, kann aber im Kriegschaos nach Argentinien fliehen. Jahrzehnte später kehrt er nach Ungarn zurück und lässt sich gegenüber einer Synagoge nieder.

Im Jahr 2005 bekommt Efraim Zuroff Informationen zugespielt und erhärtet diese vor Ort. Er reicht das Dossier an die Behörden weiter. Zunächst passiert jahrelang nichts, doch dann kommt Képíró schließlich vor Gericht. „Was für ein Erfolg“, sagt Zuroff, „es war unglaublich, das erste Verfahren seiner Art in Ungarn.“

Zuroff war sich seiner Sache sicher, sogar seine Frau nimmt er mit in den Gerichtssaal. „Ich wollte, dass sie diesen großen Sieg sieht“, sagt Zuroff, „aber am Ende war es einer der schlimmsten Tage meines Lebens.“ Képíró wird freigesprochen.

Jedes Jahr gibt das Jerusalem Büro des Wiesenthal-Zentrums einen Statusreport samt einer Liste der meistgesuchten Verbrecher heraus. Auf dieser befindet sich auch Dr. Aribert Heim. Heim war Arzt in den Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen und Mauthausen. Häftlingen hat er Organe entnommen und Benzin ins Herz gespritzt.

„Der Schlächter“, sagt Zuroff und holt einen von fünf Ordnern zu diesem Fall aus dem Regal. Zuroff folgte Hinweisen in Südamerika und Spanien – ohne Erfolg. 2009 dann erhalten das ZDF und die „New York Times“ Informationen, dass Heim 1992 in Kairo gestorben sein soll.

Zuroff klappt den Ordner wieder zu und stellt ihn ins Regal. „Ich bin nicht überzeugt“, sagt er.

Doch der Nazi-Jäger weiß auch, dass seine Arbeit zu Ende geht. Ein bisschen ist er schon neidisch auf den großen, berühmten, aber auch kritisierten Simon Wiesenthal, „der noch die richtig großen Nazis jagen konnte“.

Wann also aufhören? Zuroff gibt zu, dass die Jagd selbst mehr von Misserfolg als Erfolg geprägt war. Allerdings ist es ihm dabei auch gelungen, das Gedenken an den Holocaust am Leben zu erhalten und Regierungen an ihre Verantwortung zu erinnern. Vielleicht ist das der wahre Erfolg und nicht die Anzahl der Verfahren. „Wenn man ein Mensch mit einer Mission ist“, sagt Zuroff, „dann ist es sehr schwer, diese Mission zu beenden.“ ←

Schreck lass nach

Sind das auch Nazis, oder haben die nur zu viele „Was ist was“-Bücher über Wikinger gelesen? Der Kultursoziologe Martin Langebach sagt, wie rechtsaußen die Black-Metal-Szene wirklich ist

Interview: Imke Emmerich, Foto: Peter Beste

Der Sensenmann geht um: Auch wenn sich Black-Metal-Fans gern gefährlich geben, zumindest findet man heute weniger antsemitische und rassistische Äußerungen in der Szene als noch vor zehn Jahren



→ Sie beschäftigen sich seit Langem mit Rechtsextremismus in Jugendkulturen, vor allem mit der Musik. Welche Szenen sind besonders nazilastig?

Wenn man sich die Studien zu rechtsextremen Einstellungen anschaut, findet man diese bei Jugendlichen quer durch die Bevölkerung. Wenn es darum geht, welche Musik besonders im Fokus von Rechten steht, würde ich sagen: gitarrenorientierte Musik. Das definiere ich deshalb so vage, weil letztendlich die verschiedensten Leute betroffen sind: die mit einem Faible für Punkrock, Heavy Metal oder Hardcore. 80 Prozent der extrem rechten Musikgruppen machen Rockmusik in unterschiedlicher Ausprägung, dazu kommen Liedermacher – Rap gibt es kaum, ebenso wie elektronische Musik.

Es ist bekannt, dass sich Rechtsextreme über Musik Zugang zu Jugendlichen verschaffen. Wie funktioniert die Nachwuchsrekrutierung?

Das ist eine allgemeine Ansprache an Jugendliche oder junge Erwachsene ohne einen bestimmten Fokus auf eine Musikszene. Am bekanntesten ist das Beispiel der „Schulhof-CD“ der NPD. Die bietet ein buntes musikalisches Potpourri. Früher fand man darauf eher Liedermacherstücke und Hardrock oder Rock mit leichter Punk-Attitüde – in den letzten Jahren hat sich das verändert. Es gibt auch mal Stücke aus dem Hip-Hop oder Hardcore. Man versucht, junge Leute mit einer erweiterten musikalischen Bandbreite anzusprechen.

Der Heavy-Metal-Szene wird immer wieder der Vorwurf gemacht, Rechtsextreme zu beheimaten. Wieso eigentlich?

Ich komme selbst aus der Metal-Szene der 1980er-Jahre. Sicherlich finden wir auch hier Rassisten oder Antisemiten – aber nicht in einer größeren Häufung als im gesellschaftlichen Durchschnitt. Die Kritik fußt in der Regel auf dem Black Metal beziehungsweise dem Black Metal Underground. Und das ist eine sehr überschaubare Szene. Wir sprechen nicht von Zehntausenden, sondern von deutlich weniger Menschen, von einigen Hundert bis wenigen Tausend. Sie kokettieren in der Regel nicht nur mit der Symbolik des Nationalsozialismus, sondern tragen sie bewusst und übernehmen auch dessen Ideengut.

Es gibt für ein rechtsextremes Subgenre im Metal die Bezeichnung „National Socialist Black Metal“ (NSBM). Ist das eine Bezeichnung von außen oder eine hausgemachte, also eine Selbstbeschreibung von Anhängern dieser Strömung?

Tatsächlich ist NSBM eine szeneeigene Bezeichnung. Sie wird im Black Metal Underground für jene Bands benutzt, die tatsächlich klare nationalsozialistische Positionen beziehen. Aber auch hier ist diese Begrifflichkeit schwierig. Manche Bands innerhalb des Underground würden sich nicht als NSBM-Band bezeichnen, beziehen in ihren Texten oder Interviews aber trotzdem antisemitische Positionen. Es gibt zum Beispiel eine recht bekannte französische Band, die man aufgrund ihrer Verlautbarungen und antisemitischen Texte eigentlich als NSBM-Band bezeichnen müsste – im Underground wird sie aber vorwiegend als Black-Metal-Band mit etwas krasserem Tönen wahrgenommen.

Wie kann man denn als Außenstehender oder Neuling der Szene Textinhalte und Symbolik differenzieren?

Wie in jeder Szene: indem man sich ordentlich informiert. Es gibt in den Szenen Mythen zum Image von Bands, die sich tradieren. Oft hilft es, sich selbst ein Bild zu machen: Mit wem habe ich es zu tun? Warum macht die Band das? Warum benutzt sie solche Symbolik? Als Fan ist es schwierig, immer eine gewisse Kritik zuzulassen. Musik ist eine sehr emotionale Angelegenheit, da will man nicht immer das Hirn einschalten.

Die Trennlinien sind aber doch extrem fließend.

Die Trennlinie zum NSBM ist nicht fließend. Wer sich innerhalb der Szene mit

dem Black Metal beschäftigt, bekommt relativ schnell mit, wer wirklich eine NS-Black-Metal-Band ist. Wer bei Sätzen wie „Auschwitz rules“ den Kopf noch benutzt, merkt, dass da was nicht passt. Im Subgenre des Pagan Metal ist es tatsächlich schwieriger. Wenn eine Band die Tyr-Rune benutzt: Hat das dann was mit dem Abzeichen der Reichsführerschule zu tun? Oder sind das Leute, die früher zu viele „Was ist was“-Bücher über Wikinger gelesen haben und die nur cool finden? Das ist eine Ebene, auf der man einen kritischen Zugang zur Musik und den Bands braucht.

Wie muss man sich das konkret vorstellen: Keimt Rechtsextremes von innen auf, zum Beispiel durch diesen Bezug auf nordische Mythologie, oder passiert eine bewusste Vereinnahmung von außen?

Der Ursprung liegt tatsächlich in der Szene selbst. Die Begeisterung für Nationalsozialismus ist in der Black-Metal-Szene aufgekeimt und letztendlich in ihr groß geworden – ohne das Zutun von Neonazis. Heutzutage zeigt sich, dass auch ein Interesse von außen aus dem neonazistischen Spektrum an der Musik und den Leuten existiert. Zum Beispiel gibt es Neonazis, die eine Black-Metal-Band gründen – auch die NPD hat schon mal eine entsprechende Black-Metal-Gruppe zu einer ihrer Veranstaltungen eingeladen. Hier wird versucht, die verschiedenen Spektren zusammenzuführen.

Wie erkennt man Rechtsextreme in den Subgenres? Heutzutage kann man ja schwer sagen: „Der da sieht aus wie ein Nazi.“

In der Metal-Szene gibt es ein ganz einfaches Erkennungskriterium: das Band-Shirt. Das gilt eigentlich immer. Wer Fan ist, teilt seine Vorliebe über das T-Shirt mit.

2010 war die Diskussion um die Band Varg so groß, weil der Sänger ein Shirt einer rechtsextremen Band trug und sich später wieder von dieser Aktion distanzierte.

Genau, das war ein klares Statement. Man kehrt seine eigene Identität und Präferenz mit dem Band-Shirt nach außen.

Zum größten Metal-Festival in Wacken kommen 80.000 Fans, die Veranstalter bekennen sich auf ihrer Website klar gegen Rechts. Bleiben Nazis deshalb draußen?

Solche Statements sind immer ein wichtiges Signal in die Szene hinein. Wichtig ist aber, dass vor Ort dann tatsächlich auch zu zeigen. Das „Party.San Open Air“ in Thüringen hat beispielsweise schon sehr früh darauf geschaut, welche Verkäufer sich bei ihnen auf das Gelände stellen. Sie wollten eben nicht, dass irgendwelche dubiosen Black-Metal-Sachen verkauft werden.

Sie beobachten die Black-Metal-Szene schon seit Jahrzehnten. Hat sich der rechte Rand verändert?

Man findet heute seltener Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus und rassistische, antisemitische Äußerungen als vor zehn Jahren. Vielleicht liegt es auch ein wenig daran, dass wir mit unserem Buch 2005 Tabula rasa gemacht haben. In der Metal-Szene ist es auf Interesse gestoßen, im Black Metal Underground hat es damals gekracht. Dieses Gefühl „wir können machen, was wir wollen“ ist dort tatsächlich durch, zumindest in dem Umfang von früher. Sicherlich, es gibt neonazistischen Black Metal noch, aber seine Hochphase scheint vorüber. ←

Martin Langebach (43) weiß, wovon er spricht: Er war jahrelang selbst in der Metal-Szene und widmet sich als Soziologe dem Forschungsschwerpunkt Jugend- und Kultursoziologie sowie Rechtsextremismus. 2005 schrieb er unter dem Pseudonym Christian Dornbusch gemeinsam mit Hans-Peter Killguss das Buch „Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus“.

**Hintergründiges zur Migration –
von Sheila Mysorekar (Teil 3):**

Und deine Eltern?

Seit ich klein bin, kenne ich ein Spiel, das heißt „Wo kommst du her?“.

Es fängt damit an, dass mich jemand aus heiterem Himmel fragt: „Wo kommst du her?“ Ich sage: „Köln“; da wohne ich nämlich. Am Gesicht meines Gegenübers sehe ich, dass er das nicht erwartet hat. Es kommt also die nächste Frage: „Nein, ich meine, wo kommst du eigentlich her?“ –

„Ach so“, sage ich, „wo ich geboren wurde?“ – „Ja, genau“, sagt mein Mitspieler erleichtert. Ich antworte wahrheitsgemäß: „Geboren bin ich in Düsseldorf.“ Jetzt ist mein Gegenüber wieder enttäuscht. Manche geben dann auf, andere wollen weiterspielen: „Wo kommen denn deine Eltern her?“ Jetzt fängt das Spiel an, Spaß zu machen. „Meine Mutter kommt aus dem Westerwald“, sage ich fröhlich. Diese Antwort bringt meinen Mitspieler in Rage. Er sieht ja, dass ich schwarze Haare und braune Haut habe, und das muss ja, verdammt noch mal, einen Grund haben. „Und dein Vater, wo kommt der denn her?“, schnauzt er mich an. „Aus Indien“, sage ich freundlich und sehe, wie sich seine Gesichtszüge entspannen – er hat sein Ziel erreicht. Jetzt bin ich dran. „Wo bist du denn geboren?“ frage ich, „und deine Eltern, aus welchem Ort kommen die?“ Das verwirrt den Mitspieler. „Seit wann wohnst du hier“, bohre ich weiter, „und wie lange willst du hier noch bleiben? Willst du nicht irgendwann in deine Heimat zurück?“ „Nach Detmold?“ Mein Mitspieler ist sprachlos. Endlich. Ich lächle. Wieder ein Spiel gewonnen.

Eine schrecklich nette Familie

Sie kümmern sich um eine saubere Umwelt, bauen selbst Gemüse an und feiern die Sonnenwende. Unsere Autorin hatte für ein Buchprojekt die Gelegenheit, eine patriotische Familie und deren Gesinnung kennenzulernen

Text: Astrid Geisler



→ Sie zögert keinen Augenblick, als sie die zerbrochene Bierflasche auf dem Gehweg entdeckt. Sie bückt sich, hebt die Scherbe auf, nimmt sie mit zum Glascontainer gegenüber der Grundschule. Klack. Weg. Ines Schreiber lächelt zufrieden. „Meinem Siegfried erkläre ich immer: Umweltschutz ist Heimatschutz!“

Sie erzählt gerne von ihrer Liebe zur Natur: von den Unterschriften, die sie als Mädchen für Greenpeace gesammelt hat. Von den Tomaten, die sie im Garten züchtet. Und davon, dass ihre kleinen Söhne schon die Geschichte des Donnergottes Thor kennen. „Deshalb“, sagt Ines Schreiber, „haben die beiden keine Angst vor dem Gewitter.“

Ines Schreiber, 36 Jahre, ist auf dem Heimweg. Als Hausfrau dreht sie öfters eine Runde durch die Altstadt von Strehla, bevor ihre Kinder Siegfried, acht Jahre, und Heinrich, sechs Jahre, aus der Schule kommen. Nicht nur wegen der frischen Luft. Immer wieder bleibt sie stehen, winkt, grüßt, schwatzt ein paar Sätze. Die Leute, klagt sie, saßen zu viel alleine am Computer. „Mir fehlt das Gemeinschaftliche. Ich will rausgehen, mit den Menschen reden.“ Sie deutet auf die andere Straßenseite: „Das ist Heinrichs Klassenlehrerin.“ Dann ruft sie fröhlich: „Guten Tag!“

Die Frau nickt höflich. Die Schreibers waren gerade erst aus Bayern hier ins sächsische Strehla gezogen, als der kleine Siegfried in die 1b der Grundschule kam. Die Mutter bewarb sich gleich als Elternvertreterin seiner Klasse und wurde prompt gewählt. Später rückte sie auch in den Elternrat der Schule auf.

Als sich die Mütter und Väter der 1b zur Elternbeiratswahl trafen, dürfte kaum jemand in Strehla gewusst haben, warum die Schreiber aus Coburg hierher nach Sachsen gezogen waren. Man sieht es der netten Hausfrau ja auch nicht an. „Viele Leute denken zuerst mal: Die ist sicher eine von den Grünen!“ Sie lacht. Eine kuriose Idee!

Ines Schreiber würde bei den Grünen wirklich nicht auffallen – äußerlich. Sie trägt ein langes Leinenkleid, dicke Wollstrümpfe in dunklen Halbschuhen, eine eckige schwarze Brille, das Haar hochgesteckt. An ihrer Halskette baumelt ein Anhänger mit drei Blättern in einem Ring. Ein Symbol für die Verbundenheit zur Natur, sagt sie. Man findet das Motiv auch im Internet – zum Beispiel beim Versandhaus des Deutsche-Stimme-Verlags, jenem Verlag, in dem die NPD-Parteizeitung erscheint.

Der rechtsextreme Verlag hat seinen Sitz etwa zehn Kilometer von Strehla entfernt am Stadtrand von Riesa. Und genau deshalb hat es die Schreibers nach Sachsen verschlagen. Denn Ines Schreibers Ehemann hatte seine Stelle in Coburg verloren, und er fand einen Job als Vertriebsleiter des NPD-nahen Verlagshauses. Inzwischen hat der Steuerfahnder a.D. politische Karriere gemacht: Er arbeitet als parlamentarischer Berater der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

Ines Schreiber zeigt gerne, wie hübsch sie es in Strehla haben: Das Städtchen liegt idyllisch auf einem Hügel über dem Elbtal, auf halber Strecke zwischen Dresden und Leipzig. Fahrradtouris-

ten machen gerne dort Station. Als Treffpunkt schlägt die Hausfrau ein Café am historischen Marktplatz vor.

Die Familie war kaum nach Strehla gezogen, da wurde der Finanzwirt Peter Schreiber in den Kreistag gewählt. Er hatte sich damals schon der NPD angeschlossen. Ines Schreiber machte zunächst nur als parteiloses Mitglied bei der NPD-Frauengruppe mit. Im Sommer 2009 kandidierten die Schreibers auch für den Stadtrat. Peter Schreiber sitzt heute als erster Politiker der NPD im Strehlaer Kommunalparlament. Für seine Frau reichten die Stimmen nicht ganz. Sie klingt nicht geknickt, wenn sie das erzählt.

Vielleicht hätte der Posten ihrer politischen Arbeit sogar geschadet. Denn Ines Schreiber wirkt mit Vorliebe da, wo die Leute an alles denken, nur nicht an die NPD. Zum Beispiel im Elternrat der Schule. Oder auch vor Gericht.

Im Mai 2009 wurde sie beim Amtsgericht Riesa als Schöffin vereidigt. Als „Stimme des Volkes“ wolle sie dazu beitragen, härtere Strafen durchzusetzen, natürlich nur im Rahmen des gesetzlich Möglichen. „In Deutschland gilt ja leider immer noch Täterschutz statt Opferschutz.“ Ginge es nach ihr, dann würden Gerichte auch wieder die Todesstrafe verhängen, „für Mörder – ganz klar“, sagt sie, „aber auch für Kinderschänder“.

Zwei Gremien hatten Ines Schreiber zu dem Posten verholten: der Strehlaer Stadtrat und der Schöffenwahlausschuss des Amtsgerichts. Von Journalisten darauf angesprochen, behauptete der Amtsgerichtsdirektor, er habe von der politischen Orientierung der Hausfrau nichts gewusst – und leitete ein Ausschlussverfahren gegen sie ein.

Die NPD hingegen entdeckte die Schöffin als Vorzeigefrau. Holger Apfel, seit ein paar Monaten NPD-Bundesvorsitzender, jubelte: Ines Schreibers Posten am Riesaer Amtsgericht bewiese, „wie weit die Nationalen hier auf ihrem Weg in die Mitte des Volkes bereits gekommen“ sind. Das Ehrenamt als strategisches Mittel.

Dass die NPD versucht, junge Frauen als Sympathieträgerinnen einzuspannen, ist nicht neu. Umfragen belegen seit Jahren: Frauen denken kaum weniger radikal als Männer – sie geben aber

NPD

steht für Nationaldemokratische Partei Deutschlands / Die Volksunion. Sie wurde 1964 gegründet und vertritt eine nationalistische Ideologie. Vom Bundesamt für Verfassungsschutz wird sie als rechtsextrem eingestuft und beobachtet. Die Meinungen über ein Verbot der Partei gehen auseinander. Befürworter halten die Partei für verfassungswidrig, Gegner eines Verbots befürchten vor allem, dass sich die NPD im Untergrund einrichten und sich staatlicher Kontrolle entziehen würde.

seltener rechtsextremen Parteien ihre Stimme. Im Herbst 2006 richtete die NPD den Ring Nationaler Frauen (RNF) als Unterorganisation ein, in der Hoffnung, dass die Damen der Partei zu einem ansehnlicheren Image verhelfen. So wie Ines Schreiber.

Eine Parteikarriere glückt jedoch nur wenigen rechtsextremen Frauen. Wenn sie sich als Mutter um ihre Kinder kümmern wolle, sagt Ines Schreiber, dann habe sie dafür gar keine Zeit. Politisch wirken könne sie aber auch so. Sie gehe zum Faschingsfest, zum Osterfeuer. Sie höre den Leuten zu. Viele Mütter, erzählt sie, hätten ja keine Arbeitsstelle und säßen frustriert zu Hause. Die lade sie ein. „Die Muttis kommen zu mir, wir basteln oder gehen spazieren. So kommt man ins Gespräch. Irgendwann sag ich dann: Komm doch mal mit, hör dir an, was wir machen.“ Sie grinst: „Von den Kameraden werde ich deshalb scherzhaft auch die Psychosozialtante von Strehla genannt.“

Ines Schreiber gestaltet ihr Leben ziemlich genau so, wie es sich die rechtsextreme Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF) von ihren Mitgliedern wünscht. Sie trat der kleinen, öffentlichkeits-scheuen Gruppe vor Jahren bei. Sie trägt aus Überzeugung meist Röcke, sie baut eigenes Gemüse im Garten an und feiert mit ihren Kindern, wie einst die Nationalsozialisten, statt Weihnachten das „Julfest“ zur Wintersonnenwende. Die GDF-Aktivistinnen ordnen ihr Leben einem Rollenbild unter, das auf Theorien über die Bedeutung der Frauen für das Überleben der „nordischen Rasse“ fußt. „Germanische Frau und Mutter, bekenne dich zum Erhalt und Fortbestand der eigenen Art“, hieß es bis vor Kurzem auf der GDF-Homepage. „Denn nur Gleiches zu Gleichem bringt Mehrung und Ungleiches zu Ungleichem Zerstörung!“

Ines Schreiber denkt einen Moment nach, bevor sie dazu etwas sagt. „Sicherlich ist es anzustreben, dass sich unsereins mit unsereins paart. So wie die Afrikaner sich erhalten, die Chinesen sich erhalten – so soll sich auch unsere Rasse erhalten“, erklärt sie schließlich. „Für mich ist Rasse übrigens kein schlechtes Wort.“

Dann erzählt sie eine Anekdote: Ihr Siegfried sammelte Fußballbildchen. Unlängst sei ihm aufgefallen, dass in der Nationalmannschaft „nicht nur deutsche, sondern auch dunkle Menschen“ spielen. „Wieso spielen die nicht in ihrem Land, das ist doch die deutsche Mannschaft?“, habe ihr Sohn gefragt. Sie guckt jetzt glücklich: „Das ist ein unverfälschtes, ganz natürliches, nicht strafbares Empfinden der Kinder.“



Daheim dürften Siegfried und Heinrich auch mal ein Hakenkreuz malen, erzählt Ines Schreiber. Ihre Kinder wüssten, „dass das Hakenkreuz ein über 3.000 Jahre altes Zeichen ist“, sagt sie, aber auch, „dass sie es draußen nicht anwenden dürfen“. Sie habe Siegfried erklärt, dass es „der Herr Adolf Hitler benutzt hat“ und dass der Zweite Weltkrieg „eine schlimme, schwere Zeit für alle Beteiligten“ gewesen sei.

Ihr achtjähriger Siegfried, erzählt sie, habe inzwischen natürlich auch mitbekommen, was sein Vater beruflich mache: „Er weiß, dass wir für Deutschland kämpfen – damit Deutschland nicht untergeht.“ Nur in der Schule solle er darüber nicht reden, solange er die Zusammenhänge nicht verstehe.

Der Strehlaer Bürgermeister Harry Güldner versichert, die Schreiber hätten in seiner Gemeinde noch keinen neuen oder sinnvollen politischen Vorschlag gemacht. Bisher habe das Ehepaar offenbar auch nur wenige Mitstreiter. Alarmiert ist der CDU-Politiker trotzdem. Es irritiert ihn, dass es Peter Schreiber als Zugezogener auf Anhieb in den Stadtrat schaffte. Der Rechtsextreme komme stets gut vorbereitet in die Sitzungen, sagt Güldner. Man merke, dass die NPD hier inzwischen ein „durchstrukturierter Laden“ sei. Er will verhindern, dass sich die Schreiber auch noch in die Vereine der Stadt drängen. Für den Bürgermeister ist es ärgerlich genug, dass Ines Schreiber unter seinem Amtsvorgänger als Schöffin nominiert wurde. „Was soll denn da rauskommen, wenn mal ein Kerlchen mit anderer Hautfarbe vor Gericht steht?“ Güldner wiegt unglücklich den Kopf. Auch die Sache mit Ines Schreiber Elternratsposten gefalle ihm gar nicht.

Immerhin – die öffentliche Debatte muss einige Strehlaer aufgeschreckt haben: Im Herbst 2010 wurde Ines Schreiber nicht wieder in den Elternrat gewählt. Auch das Amtsgericht Riesa entschied inzwischen über das Ausschlussverfahren gegen die Mutter. Tenor des Urteils: Für einen Rauswurf fehle es an einer „konkreten gesetzlichen Vorschrift“. Daher bleibe Ines Schreiber weiter Schöffin am Amtsgericht. Sie ist gewählt bis 2013. Berufung ausgeschlossen. Allerdings wurde sie lange nicht mehr eingesetzt.

Wenn man Menschen in Strehla nach Ines Schreiber fragt, erzählen sie nicht von Hakenkreuzen oder Rassismus, sondern von einer Mutter, die „immer nett und freundlich“ sei und für alle ein paar verbindliche Worte parat habe. An der Ladentheke, im Elternbeirat oder auf der Spielplatzbank kommt Ines Schreiber den Leuten auch nicht mit der Hitlerzeit. Wenn sie über Politik redet, dann über eine gefährliche Straßenkreuzung unweit der Grundschule. Über Hundedreck in der Stadt. Oder über ihre Idee, ein „Mehrgenerationenhaus“ einzurichten.

Ein Mehrgenerationenhaus in Strehla! Da lacht der Bürgermeister los, dass das bordeauxrote Hemd über seinem stattlichen Bauch zittert. „Ein Mehrgenerationenhaus“, wiederholt Harry Güldner, „klar, da hätte Frau Schreiber gleich drei Generationen unter einem Dach und könnte die alle gleichzeitig bearbeiten.“ ←

Nachtrag: Seit einiger Zeit werben die Schreiber in der Kleinstadt auch mit einem kostenlosen lokalen Infoblatt für ihre Ziele. In einem Grußwort appelliert Ines Schreiber an die Strehlaer: „Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen – für unser Land – für unser Volk – für Strehla!“

Den Text haben wir aus dem Buch „Heile Welten – Rechter Alltag in Deutschland“ von Astrid Geisler und Christoph Schultheis übernommen, das ihr bei der bpb bestellen könnt. Bestellnummer 1161, 4,50 Euro.

Nazis, die es nicht ins Heft geschafft haben



Musik-Nazis

Irgendwann im Verlauf dieser fluter-Produktion wurden wir ein bisschen übermütig. Gerade weil es um Nazis ging, hatten wir auf einmal

den Drang, etwas besonders Lustiges zu machen. Unverkrampt zu sein, progressiv. Und so entstand die Idee mit dem Nazi-Musik-Experiment. Einen Tag, ach was, eine Woche lang sollte unser Autor nichts als Nazi-Musik hören und danach darüber schreiben, was das mit seinem Gehirn angestellt hatte. Ob er zum Beispiel danach nicht mehr zum Vietnamesen um die Ecke essen gehen konnte. Ob er einen Hass auf verschleierte Frauen verspürte. Ob sein rechter Arm auf einmal unkontrolliert nach oben zuckte. Es sollte ein Protokoll des Wahnsinns werden. Wir hielten die Idee, wie gesagt, für ziemlich gut. Doch dann hörten wir uns die ersten Platten gemeinsam an. Eine Art Liebeslied für Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß, grobschlächtiger Anti-Moscheen-Rap, schmierige Schlesien-Balladen, die ein komischer Wandervogel trällerte. Nach etwa 20 Minuten gaben wir entkräftet auf. Eine Gehirnwäsche hatte sich nicht eingestellt. Die Nazi-Musik war auch überhaupt nicht lustig. Sie war einfach nur furchtbar dumm und schlecht gemacht.



Das Hitler-Haus

Internetseiten, auf denen man Katzen findet, die wie Hitler aussehen, gibt es schon seit einer gefühlten Ewigkeit. Aber ein Foto, das vor zwei Jahren in einer britischen Boulevardzeitung auftauchte, setzte definitiv neue Maßstäbe im Dinge-die-wie-

Hitler-Aussehen-Genre. Eine Fotografin entdeckte in Wales eine Doppelhaushälfte, die, na ja, so ein bisschen wie Ihr-wisst-schon-wer aussieht. Einen Autor wollten wir dann aber doch nicht extra nach Swansea schicken. Die Bewohner des Hauses können ja nichts dafür. In der für ihre Deftigkeit berühmten englischen Boulevardpresse tauchten aber natürlich gleich Artikel auf, dass die Nachbarn eine deutsche Invasion fürchten.

Hoi Polloi

zum Thema



Vorschau

Bis zum nächsten fluter

Es ist schon recht dumm, was viele Neonazis so von sich geben, und tatsächlich könnte ein bisschen mehr Geschichtsverständnis und Nachdenken helfen. Womit wir beim Thema des nächsten fluters sind: Bildung. Da gibt es ja viele Reformen und noch mehr Meinungen: Abi nach 13 oder 12 Jahren? Bachelorstudium oder doch Diplom? Und verdiene ich später mehr, wenn ich mich in der Schule brav anpasse oder wenn ich meinen eigenen Weg finde? Der nächste fluter macht Dich schlauer. Also bis zum 20. Juni!

Impressum

fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung
Ausgabe 42, Frühling 2012
Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel. 0228/99515-0

Redaktion
Thorsten Schilling (verantwortlich/Bundeszentrale für politische Bildung/schilling@bpb.de),
Fabian Dietrich (CvD),
Oliver Gehrs (redaktionelle Koordination)

Redaktionelle Beratung
Ulrich Dovermann, Matthias Jung

Bildredaktion
Saskia Otto

Artdirektion
Jan Spading

Mitarbeit
Imke Emmerich, Arno Frank, Astrid Geisler, Oliver Geyer, Hadija Haruna, Antje Hildebrandt, Stefan Kesselhut, Bernd Kramer, Jindrich Novotny, Andreas Pankratz, Johannes Radke, Toralf Staud

Dokumentation
Kathrin Lilienthal

Schlussredaktion
Tina Hohl, Florian Kohl

Lithografie
Meike Jäger

Redaktionsanschrift/Leserbriefe
fluter-Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung, DUMMY Verlag, Torstraße 109, 10119 Berlin,
Tel. 030/30 02 30-233, Fax -231, post@fluter.de

Redaktionelle Umsetzung
DUMMY Verlag GmbH
Torstraße 109, 10119 Berlin
ISSN 1611-1567
Bundeszentrale für politische Bildung
info@bpb.de
www.bpb.de

Abonnement & Leserservice
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Zeitschriftenvertrieb „fluter“
Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main
Tel. 069/75 01-4827, Fax -4502
fluter@fs-medien.de

Vertriebsleitung
Klaus Hofmann
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main
Tel. 069/75 01-4827, Fax -4502
zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de

Kostenloses Abo bestellen, verlängern oder abbestellen
www.fluter.de/abo
abo@heft.fluter.de

Nachbestellungen
IBRo
Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax 038204/66-273, bpb@ibro.de
Nachbestellungen von fluter werden von 1 kg bis 15 kg mit 4,60 Euro kostenpflichtig.

Druck
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf
Tel. 06105/983-5601, Fax -585601
akzidenz@wvd-online.de

Bildnachweise
Cover Jörg Brüggemann/Ostkreuz; S. 3 Spiegel Online;
S. 4 l. Julian Röder/Ostkreuz, r.o. Human Empire,
r.u. Dawin Meckel/Ostkreuz; S.6/7 Julian Röder/Ostkreuz; S.8 RTL; S. 10-14 Julian Röder/Ostkreuz;
S. 15 Neubau Welt; S. 17 Jan Spading; S. 18 Giuseppe Calzuola/ddp images/AP Photo; S. 19 Anan Sesa/imago sportfotodienst; S. 20 Baz Ratner/REUTERS; S. 21-22 Fotos aus „Erasing Hate“, erasinghathemovie.com;
S. 25 Sergey Kozmin; S. 29 Benjamin Güdel; S. 32 Ute Mahler/Ostkreuz; S. 34 PM Cheung; S. 35 l.o. Sergey Kozmin, l.u. Pablo Blazquez Dominguez/Getty Images, m. Jeremy Brenningstall/ZUMA Press/Corbis, r.m. Tyler Cacek; r.u. Jean-Patrick di Silvestro; S. 36-37 Jindrich Novotny; S. 38 Dawin Meckel/Ostkreuz; S. 39-41 Human Empire; S. 42 l. ullstein bild, r. Gill Cohen Magen/REUTERS; S. 43 Arnold Karskens; S. 44/45 Peter Beste; S. 47-48 Jan Spading; S. 49 o. Jean-Patrick di Silvestro, u. Dimitris Legakis/Athena Picture Agency; S. 50 Hoi Polloi

Papier
Dieses Magazin wurde auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Schreibtisch von Janina Wittneben

Die letzte Seite im Heft ist die erste im Netz.

